Auszug
aus Stasi-Akten

OV „Zwillinge“

Als zwei Freundinnen Ausreiseanträge stellten

Weitere Hefte der Reihe „Quellen für die Schule“ mit Fallbeispielen aus Stasi-Unterlagen und alle Hefte zum Download unter www.stasi-unterlagen-archiv.de/bildung.

2019 besuchten die zwei Frauen aus diesem Fall noch einmal gemeinsam die Orte ihrer damaligen Erfahrungen. Begleitet von einem Filmteam der Deutschen Welle erinnerten sie sich an ihre Situation. Die Reportage „Zwei Frauen im Visier der Stasi“ ist online unter https://www.youtube.com/watch?v=46IYv9qGTcc

OV „Zwillinge“

Als zwei Freundinnen Ausreiseanträge stellten

Auszug aus Stasi-Akten

Zum Inhalt

Im August 1975 unterzeichneten alle sieben Warschauer Vertragsstaaten, 13 neutrale Länder und alle 15 Mitgliedsstaaten der NATO in Helsinki die Schlussakte der Konferenz für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa (KSZE). Sie verpflichteten sich unter anderem zur Regelung von Erleichterungen im Reiseverkehr, beim Informationsfluss und bezüglich menschlicher Kontakte über die Blockgrenzen hinweg sowie zur Achtung der allgemeinen Menschenrechte und Grundfreiheiten.

Wie vom Ministerium für Staatssicherheit (MfS) befürchtet, begannen Einwohnerinnen und Einwohner der DDR sehr bald, die „ständige Ausreise", d. h. die Übersiedlung in die Bundesrepublik Deutschland, einzufordern und beriefen sich dabei auf die auch von der DDR unterzeichnete Schlussakte.

Als Silke Spahr und Ilona Seeber 1976 beschlossen, ebenfalls Ausreiseanträge aus der DDR in die Bundesrepublik Deutschland zu stellen, wurden sie von ihrer Arbeitsstelle entlassen und verloren ihre betriebseigene Wohnung. Von nun an wurden sie von der Stasi und der Kriminalpolizei überwacht und immer wieder vom Rat des Stadtbezirks zu sogenannten Aussprachen einbestellt. Dort wurde ihnen erklärt, dass ihre Anträge keine Rechtsgrundlage hätten und sie aufhören sollten, nachzufragen.

Die Quelle

Über die Bespitzelung der beiden Freundinnen legte die Stasi eine umfangreiche Akte an, im Original rund 360 Blatt. Sie nannte den Operativen Vorgang (OV) „Zwillinge". Solche Decknamen sollten auch innerhalb der Staatssicherheit Geheimhaltung gewährleisten.

Die hier vorliegende Auswahl von Dokumenten folgt didaktischen Kriterien. Sie ermöglicht Schülerinnen und Schülern eine fundierte Quelleninterpretation anhand eines konkreten Falls.

Zum Schutz des Persönlichkeitsrechts gemäß Stasi-Unterlagen-Gesetz (StUG) sind die Namen Betroffener und Dritter sowie Zeit- und Ortsangaben, die eine Identifikation ermöglichen könnten, unkenntlich gemacht. Silke Spahr und Ilona Seeber stimmten der Veröffentlichung ihrer Namen freundlicherweise zu. Namen von Stasi-Mitarbeitern müssen gemäß StUG nicht unkenntlich gemacht werden. Die Dokumente werden hier im Original wiedergegeben. Der Stempel mit dem Kürzel BStU (Bundesbeauftragter für die Stasi-Unterlagen) und der Seitenzählung auf jedem Blatt wurde durch das Stasi-Unterlagen-Archiv gesetzt.

Lernen mit Stasi-Unterlagen

Mit der Sicherung der Stasi-Unterlagen und der Öffnung der Stasi-Archive wurde unmittelbar nach dem Ende einer Diktatur ein umfassender Einblick in die Arbeitsweise einer Geheimpolizei möglich. Diese Unterlagen sind seither Grundlage für die individuelle und die gesellschaftliche Aufarbeitung der SED-Diktatur und ihrer Geheimpolizei.

Für Schülerinnen und Schüler bieten sie die einzigartige Möglichkeit, an Originaldokumenten nachzuvollziehen, welche Methoden der Bespitzelung und Unterdrückung die Geheimpolizei einsetzte und was das für die betroffenen Menschen bedeutete. Zugleich können sie bei der Arbeit mit Stasi-Unterlagen ihre Fähigkeit zur Quellenkritik schärfen und beispielsweise Urteils- und Orientierungskompetenz fortentwickeln.

Lernort Stasi-Unterlagen-Archiv

Gern beraten wir Sie, wenn Sie Fragen zur Arbeit mit Stasi-Unterlagen haben oder eine Exkursion zu einem Projekttag auf dem Gelände der „Stasi-Zentrale. Campus für Demokratie" in Berlin-Lichtenberg planen. Lassen Sie sich informieren über unsere unterschiedlichen Angebote.

Gemeinsam mit Ihnen stellen wir ein Programm zusammen, das die Lernvoraussetzungen und Interessenlagen Ihrer Schülerinnen und Schüler optimal berücksichtigt. Alle unsere pädagogischen Angebote sind kostenfrei.

Das Bildungsteam des Stasi-Unterlagen-Archivs
im Bundesarchiv

Bestellungen von Materialien, Beratung und Buchung von Projekttagen:

Telefon:
030 18665-6757

E-Mail:
bildung.stasiunterlagenarchiv@bundesarchiv.de

Einleitung 3

Ausreiseantrag Silke Spahr, 1.4.1976 6

Ausreiseantrag Ilona Seeber, 1.4.1976 8

Schreiben von Seeber und Spahr an den Bundesminister für innerdeutsche Beziehungen, 1.4.1976 10

Von der Postzollfahndung abgefangene Briefe von Seeber und Spahr, 19.4.1976 12

Bericht über das Ablehnungsgespräch beim Rat des Stadtbezirks mit Spahr, 2.11.1976 14

Vermerk über das 2. Ablehnungsgespräch mit Seeber und Spahr, 8.2.1977 15

Sachstandsbericht der HA XX/AG RV über Seeber und Spahr, 30.4.1977 16

Eröffnungsbericht der KD Friedrichshain zur OPK „Zwillinge“ gegen Seeber, 27.2.1978 19

Eröffnungsbericht der KD Friedrichshain zur OPK „Zwillinge“ gegen Spahr, 27.2.1978 22

Brief von Seebers Tante aus Köln an den Innenminister der DDR, 9.1.1979 25

Ersuchen der BV Berlin, Abt. II, um Auskunft zu Seeber und Spahr, 11.1.1979 26

Vorschlag der KD Friedrichshain zur Genehmigung der Übersiedlung von Seeber, 29.1.1979 28

Vermerk der BKG zur Ablehnung der Ausreiseüberlegungen, 8.2.1979 30

Brief von Seebers Tante aus Köln an den Rat des Stadtbezirks, 18.7.1979 31

Vermerk über eine Aussprache beim Rat des Stadtbezirks mit Spahr, 24.9.1979 33

Brief von Seebers Cousine aus Köln an Erich Honecker, 27.9.1979 35

Vermerk eines MfS-Mitarbeiters zur Legalisierung postalischer Kontakte, 26.10.1979 36

Information der KD Ribnitz-Damgarten über Spahr und Seeber, 5.11.1979 37

Beobachtungsbericht der KD Friedrichshain, 16.11.1979 39

Beobachtungsbericht der KD Friedrichshain, 30.11.1979 40

Beobachtungsbericht der KD Friedrichshain, 5.12.1979 41

Bericht über eine Aussprache beim Rat des Stadtbezirks mit Spahr, 4.12.1979 43

Bericht über eine Aussprache beim Rat des Stadtbezirks mit Seeber, o. D. 45

Anfrage der KD Friedrichshain nach einer ehemaligen DDR-Bürgerin, 6.12.1979 46

Untersuchungsvorgang der BV Dresden über eine ehemalige DDR-Bürgerin, 14.12.1979 47

Brief von Seebers Tante aus Köln, 12.12.1979 48

Arbeitsvermerk der KD Friedrichshain über verwertbare Beweise gegen Seeber und Spahr, 20.12.1979 49

Ergebnis der Untersuchung eines Päckchens durch die Postzollfahndung, 3.1.1980 50

Beschluss zum Anlegen eines OV durch die KD Friedrichshain wegen § 100, 15.1.1980 52

Auftrag der KD Friedrichshain zur Postüberwachung (Auftrag „C“), 18.1.1980 53

Begründung der KD Friedrichshain zur Postkontrolle, 18.1.1980 54

Feststellung der „Wiedereingliederung in das gesellschaftliche Leben“ bei Seeber, 21.4.1981 55

Feststellung der „Wiedereingliederung in das gesellschaftliche Leben“ bei Spahr, 21.4.1981 56

Abschlussbericht der KD Friedrichshain, 18.5.1981 57

Abkürzungen und Erläuterungen 60

Arbeitsanregungen für die Einzel- und Partnerarbeit 63

Arbeitsanregungen für die Gruppenarbeit 65

BStU
000075

Ausreiseantrag

Ich, Silke Spahr, geb. am 16.10.1951, in Melkof, Kreis Hagenow, ledig, wohnhaft in 1035 Berlin, Grünberger Str. 79, beantrage die Ausreise aus der DDR.

Seit September 1971 bin ich als Sekretärin im Schreibzimmer des Verlages Neues Deutschland beschäftigt und auch seit dieser Zeit in Berlin ansässig. Ich wurde weder als Geheimnisträger verpflichtet, noch bin ich in gesellschaftlichen Funktionen tätig.

Schon sehr lange befasse ich mich mit dem Gedanken, die DDR zu verlassen und habe mich nun fest dazu entschlossen, in die Bundesrepublik Deutschland überzusiedeln. Nachdem die Formalitäten erledigt sind und die Ausreise von den Organen der DDR bewilligt wurde, werde ich bei meiner Tante, [redacted], in Hamburg wohnen. Meine Tante ist eine alleinstehende ältere Dame, die es sehr begrüßt, einen Menschen aus naher Verwandtschaft um sich zu haben, der sich in vielen Dingen um sie kümmern kann und umgekehrt. Sie war ebenfalls Bürger der DDR und hat in den 60er Jahren legal die Ausreise in die BRD angetreten. Finanziell steht sich meine Tante sehr gut, und Wohnraum ist auch für mich ausreichend vorhanden.

Ich möchte betonen, daß diesem Antrag keine politischen Hintergründe meinerseits zugrunde liegen. Es liegt mir fern, die DDR auf irgend eine Weise zu diskriminieren oder zu verleumden.

Eigentlich muß ich wohl kaum erwähnen, daß jeder Mensch, besonders wenn er jung ist, den natürlichen Wunsch hat, über sein Leben, und dazu gehört ja auch die Wahl seines Wohnsitzes, selbst zu bestimmen.

/2

BStU
000076

Unter anderem wähle ich die Bundesrepublik Deutschland als Ausreiseland, weil mir dort die Möglichkeit geboten wird, sämtliche sehenswürdige Länder zu bereisen, sofern ich persönlich dazu in der Lage bin. Da dies und ähnliches in absehbarer Zeit in der DDR nicht möglich ist, sehe ich für mich keine andere Möglichkeit, als einen Antrag auf Ausreise zu stellen.

Über die gesetzlich festgehaltenen Rechte in dieser Angelegenheit habe ich mich genaustens informiert. Da die DDR seit September 1973 Mitglied der UNO ist und deren Gesetze und Richtlinien auch voll akzeptiert hat, ist sie verpflichtet, wie alle anderen 15 Mitgliedstaaten, sich nach den gesetzlich festgelegten Beschlüssen der UNO-Menschenrechtskommission zu richten und auch danach zu handeln. Ich berufe mich in erster Linie auf Grund meines Anliegens auf den Artikel 13, Abs. 1 und 2 der Allgemeinen Erklärung der Menschenrechte der Charta der Vereinten Nationen. Ferner wurden mit der Unterzeichnung der Schlußakte der Konferenz von Helsinki (1. August 1975), die von 35 Staaten signiert wurde, u. a. ähnliche Beschlüsse angenommen, die auch von der DDR in ihren Entscheidungen beachtet werden müssen.

Sollte dieser Antrag nach ordnungsgemäßer Bearbeitungszeit Ihrerseits abgelehnt werden, sehe ich mich gezwungen, einen Antrag auf Entlassung aus der Staatsbürgerschaft zu stellen, worauf ich ebenfalls laut "Gesetz über die Staatsbürgerschaft der DDR", Paragraph 10, Abs. 1, sowie Artikel 15, Abs. 2, der Allgemeinen Erklärung der Menschenrechte, das Recht habe.

Ich bitte um baldige Bearbeitung meines Ausreiseantrages.

Hochachtungsvoll

Silke Spahr

Berlin, 1. April 1976

BStU
000077

Ausreiseantrag

Ich, Ilona S e e b e r , geb. am 17. 09. 1950 in Oehrenstock, Kreis Ilmenau, ledig, z. Zt. wohnhaft in 1035 Berlin, Grünberger Straße 79, stelle hiermit den Antrag auf Ausreise aus der Deutschen Demokratischen Republik.

Seit Dezember 1973 bin ich im Schreibbüro des Verlages Neues Deutschland als Sekretärin beschäftigt. Ich bin in keinen gesellschaftlichen Funktionen tätig und wurde auch nicht als Geheimnisträger verpflichtet. Meinen ständigen Wohnsitz in Berlin habe ich seit Februar 1972.

Schon sehr lange befasse ich mich mit dem Gedanken, die DDR zu verlassen und habe mich nun fest dazu entschlossen, in die Bundesrepublik Deutschland überzusiedeln. Nachdem die Formalitäten erledigt sind, und die Ausreise von den Organen der DDR bewilligt wurde, werde ich voraussichtlich bei meiner Tante [redacted], wohnhaft in Köln, wohnen. Meine Tante ist alleinstehend und es ist ihr möglich, mich anfänglich zu unterstützen. Sie ist vor Gründung der DDR nach Köln übergesiedelt.

Ich möchte betonen, daß diesem Antrag keine politischen Hintergründe meinerseits zugrunde liegen. Es liegt mir fern, die DDR auf irgend eine Weise zu diskriminieren oder zu verleumden. Eigentlich muß ich wohl kaum betonen, daß jeder Mensch, besonders wenn er jung ist, den natürlichen Wunsch hat, über sein Leben, und dazu gehört ja auch die Wahl seines Wohnsitzes, selbst zu bestimmen. U. a. wähle ich deshalb die BRD als Ausreiseland, weil ich dort die Möglichkeit habe, sämtliche Länder zu bereisen, sofern ich persönlich dazu in der Lage bin. Da dies u. ä. in absehbarer Zeit in der DDR nicht möglich ist, sehe ich für mich keine andere Möglichkeit, als einen Antrag auf Ausreise zu stellen.

BStU
000078

Über die gesetzlich festgehaltenen Rechte in dieser Angelegenheit habe ich mich genaustens informiert. Da die DDR seit September 1973 Mitglied der UNO ist und deren Gesetze und Richtlinien voll akzeptiert hat, ist sie verpflichtet, wie alle anderen Mitgliedstaaten, sich nach den gesetzlich festgelegten Beschlüssen der UNO-Menschenrechtskommission zu richten und auch danach zu handeln. Ich berufe mich in erster Linie auf Grund meines Anliegens auf den Artikel 13, Absatz 1) und 2) der Allgemeinen Erklärung der Menschenrechte der Charta der Vereinten Nationen.
Ferner wurden mit der Unterzeichnung der Schlußakte der Konferenz von Helsinki (1. August 1975), die von 35 Staaten signiert wurde, u. a. ähnliche Beschlüsse angenommen, die auch von der DDR in ihren Entscheidungen beachtet werden müssen.

Sollte dieser Antrag nach ordnungsgemäßer Bearbeitungszeit Ihrerseits abgelehnt werden, sehe ich mich gezwungen, einen Antrag auf Entlassung der Staatsbürgerschaft zu stellen, worauf ich ebenfalls laut "Gesetz über die Staatsbürgerschaft der DDR", § 10, Absatz 1), sowie Artikel 15, Absatz 2), der Allgemeinen Erklärung der Menschenrechte, das Recht habe.

Ich bitte um baldige Bearbeitung meines Ausreiseantrages.

Hochachtungsvoll

Berlin, den 1. April 1976 Ilona Seeber

BStU
000083

Silke Spahr

DDR 1035 Berlin, den 1. April 1976
Grünberger Straße 79

Bundesminister für
Innerdeutsche Beziehungen
Herrn
Egon Franke

Kölner Straße 140

D 5300 Bonn-Bad Godesberg

Betr.: Ausreiseantrag

Sehr geehrter Herr Bundesminister Franke!

Anliegend übersende ich Ihnen die Durchschrift meines Antrages auf Ausreise aus der DDR an den Innenminister Friedrich Dickel.

Ich bitte Sie, mich Ihren Möglichkeiten entsprechend in dieser Angelegenheit zu unterstützen. Mit der Ständigen Vertretung der Bundesrepublik Deutschland in der DDR habe ich mich ebenfalls betreffs dieses Antrages in Verbindung gesetzt.

Sollte meinem Antrag von den hiesigen Behörden stattgegeben werden, bitte ich Sie, mir die deutsche Staatsbürgerschaft zu bewilligen.

Falls Sie sich mit mir in Verbindung setzen wollen, richten Sie Ihr Schreiben bitte an folgende Adresse:
Frau [redacted], Stammheimer Ring [redacted], 5000 Köln 80.

Ich bedanke mich recht herzlich im voraus und verbleibe

mit den besten Grüßen

Silke Spahr

Anlage
1 Antrag

BStU
000084

Ilona Seeber

DDR 1035 Berlin, den 1. April 1976
Grünberger Straße 79

Bundesminister für
innerdeutsche Beziehungen
Herrn
Egon Franke

Kölner Straße 140

D 53000 Bonn-Bad Godesberg

Betr.: Ausreiseantrag

Sehr geehrter Herr Bundesminister Franke!

Anliegend übersende ich Ihnen die Durchschrift meines Antrages auf Ausreise aus der DDR an den Innenminister Friedrich Dickel.

Ich bitte Sie, mich Ihren Möglichkeiten entsprechend in dieser Angelegenheit zu unterstützen. Mit der Ständigen Vertretung der Bundesrepublik in der DDR habe ich mich ebenfalls betreffs dieses Antrages in Verbindung gesetzt.

Sollte meinem Antrag von den hiesigen Behörden stattgegeben werden, bitte ich Sie, mir die deutsche Staatsbürgerschaft zu bewilligen.

Falls Sie sich mit mir in Verbindung setzen wollen, richten Sie Ihr Schreiben bitte an folgende Adresse:
Frau [redacted], Stammheimer Ring [redacted] 5000 Köln 80.

Ich bedanke mich recht herzlich im voraus und verbleibe

mit den besten Grüßen

Ilona Seeber

Anlage
1 Antrag

Abteilung Postzollfahndung
Leiter

Berlin, den 19. 04. 1976
Tgb.Nr. PZF/3/1050 /76
Tr/Kr -2354-

BStU
000202

Hauptabteilung XX/AG RV
Leiter

im Hause

MfS
22. APR 1976
7377
AG BV/328/76

Jeu, Krüger
R/

Kontaktmaßnahmen
Veranlassung

Übersiedlungsabsichten von Mitarbeiterinnen des Verlages "Neues Deutschland"
Ihre erfaßten Personen

Kontrolltag: 05. und 06.04.1976
Diensteinheit: Abt. Postzollfahndung
Sendungsart: 2 Grobsendungen/ 1 Einschreib-Grobsendung
Verkehrsrichtung: 1.u.2. Sendung -nichtgrenzüberschreitender Postverkehr
3. Sendung -DDR - BRD
Sendungsverbleib: Einziehung
Zum Sachverhalt:

Im nichtgrenzüberschreitenden Postverkehr wurde je 1 Sendung von zwei DDR-Bürgerinnen festgestellt, die an den Minister des Innern der DDR gerichtet waren. Zwei Sekretärinnen des "Neuen Deutschland" stellten einen Antrag auf Ausreise in die BRD. Als Begründung gaben sie an, daß sie in der BRD die Möglichkeit hätten, in alle Länder zu reisen. Bei der Begründung ihrer Anträge beriefen sie sich auf die UNO-Menschenrechtskonvention sowie auf die Schlußakte von Helsinki. Im Falle der Ablehnung ihrer Anträge hätten sie die Absicht, einen Antrag auf Entlassung aus der Staatsbürgerschaft der DDR zu stellen.

In der Sendung in die BRD fügte die Absenderin einen Brief bei, der an den sogenannten "Bundesminister für Innerdeutsche Beziehungen, Egon Franke" gerichtet war und den die Empfängerin weiterleiten sollte.
In diesem Brief befindet sich ein Hilfeersuchen zur Unterstützung der Ausreiseangelegenheiten der beiden DDR-Bürgerinnen. Außerdem war ersichtlich, daß sie wegen ihrer Ausreise auch zur Ständigen Vertretung der BRD in der DDR Kontakt aufgenommen haben.

Die Durchschläge ihrer Ausreiseanträge an den Minister des Innern der DDR wurden ebenfalls beigefügt.

/2

-2-

38/110

BStU
000203

Absender:

1. S e e b e r, Ilona
1035 Berlin
Grünberger Str. 79

2. S p a h r, Silke
1035 Berlin
Grünberger Str. 79

3. S e e b e r, Ilona
1035 Berlin
Grünberger Str. 79

Empfänger: 1.u.2. Sdg. Ministerium des Innern
Minister Friedrich Dickel
108 Berlin
Mauerstr. 29-32

3. Sdg. [redacted]
5 Köln 80
Stammheimer Ring [redacted]

Erfassungsverhältnis: In der Abt. XII sind Seeber, Ilona und Spahr, Silke für Ihre DE erfaßt.

Personalangaben lt.: PM-1 Seeber, Ilona /ledig
geb. am 17.09.1950 in Oehrenstock
Sekretärin-Verlag "Neues Deutschland"

Spahr, Silke /ledig
geb. am 16.10.1951 in Melkof
Sekretärin-Verlag "Neues Deutschland"

In der Abt. PZF ist Seeber, Ilona am 25.04.1974 mit einer Liebesverbindung zu

[redacted]
SE 4 London/Großbritannien
[redacted] Breaksspeare Road/Brockly

angefallen.
Spahr, Silke ist nicht erfaßt.

Im PZA Berlin der ZV der DDR sind Seeber, Ilona und Spahr, Silke bisher nicht angefallen.

Anlage
16 Fotopositive
2 F-10

Claußner
Oberstleutnant

BArch, MfS, AOP 11063/81, Bl. 203

Rat des [illegible]
Abteilung Innere Angelegenheiten

IA 30 Nr. 781

Ablehnungsgespräch S p a h r , Silke, am 02. 11. 1976

Spahr, Silke, geb. am 16. 10. 1951
1035 Berlin, Grünberger Str. 79
Sekretärin ND bis 05. 08. 76

BStU
030218

Inhalt des Antrages und Verlauf des Gespräches

1. Antrag 01. 04. 76 an MdI, Ablehnung am 03. 09. 76 durch Magistr.
2. Antrag 08. 09. 76 an Staatsrat, Ablehnung s. o.

Die Anträge der S. lassen eindeutig eine verhärtete feindliche Einstellung gegenüber der DDR erkennen. Der Ursprung dieser Einstellung wird in Gesprächen mit der Sp. nicht eindeutig sichtbar. Sie gibt an, daß ihre politische Heimat die BRD ist und daß sie unsere Gesetze sowie unsere Staatsordnung insgesamt nicht aktzeptiert. In den Anträgen bezieht sich die Sp. auf internationale Verträge und völkerrechtliche Abkommen, auf deren Grundlage sie klarzumachen versucht, daß die DDR verpflichtet ist, ihre persönlichen Anliegen zu genehmigen.

Im Ablehnungsgespräch selbst versucht sie fast in erpresserischer Form, diese Verträge und Abkommen gegen unsere Entscheidung anzuwenden. Jeglichen Gegenargumenten tritt sie schließlich mit den Worten "Mir ist ganz egal, was Sie hier sagen, ich will hier raus" entgegen.

In diesem Zusammenhang bezeichnet sie ihre Kündigung beim ND als Berufsverbot, zumal sie laut eigener Angaben Anstrengungen unternommen hat, eine andere Arbeitsstelle zu bekommen, was ihr jedoch bis zum heutigen Tage nicht gelungen ist.

Fräulein Sp. wurde im Ablehnungsgespräch darauf hingewiesen, daß sie alle Möglichkeiten hat, sich hier in der DDR gesellschaftsgemäß zu entwickeln. Alle Argumente ihrerseits auf Unfreiheit und Eingriffe in das persönliche Leben wurden in der Richtung widerlegt, daß in der DDR keine Einschränkungen oder Repressalien gegenüber irgendwelchen Bürgern vollzogen werden und daß Frl. Sp. sich selbst als Gegner der Gesellschaft ausgibt und somit auch, solange sie von dieser Auffassung nicht zurücktritt, sich selbst aus der Gesellschaft isoliert. Ihr wurde auch klargemacht, daß solche Verträge und Abkommen, wie sie von ihr genannt werden, nicht in der Absicht zustande kamen, damit bestimmten Bürgern eine politische Gegnerschaft zu ermöglichen und daraus dann noch erpresserische Forderungen zu erheben.

Obwohl das Gespräch insgesamt in ruhiger Atmosphäre verlief, blieb Frl. Sp. uneinsichtig und gab an, solange Anträge zu stellen, bis ihr Anliegen genehmigt wird. Auf die Einhaltung der Gesetze der DDR wurde Frl. Sp. hingewiesen. Zur Klärung ihres Arbeitsrechtsverhältnisses wurde sie an das Amt für Arbeit und Löhne verwiesen.

Beachten: Frl. Sp. stellt immer gleichlautende Anträge mit ihrer Freundin Ilona Seeber, die ebenfalls beim ND arbeitete und dieselbe Wohnung bewohnt (Werkswohnung ND).

Pfeiffer

Anmerkung:

BStU
000222

HD-

63
124

Rat des Stadtbezirks
Berlin-Friedrichshain
Abt. Innere Angelegenheiten

Berlin, den 8.2.1977

Vermerk über das 2. Ablehnungsgespräch mit den Bürgerinnen und Antragstellerinnen S e e b e r, Ilona und S p a h r, Silke, beide wohnhaft in 1035 Berlin, Grünberger Str. 79

- -

Frl. Spahr und Frl. Seeber erscheinen am 8.2.1977 ohne Vorladung und erkundigen sich nach dem Bearbeitungsstand ihrer Anträge.
Es wird ihnen mitgeteilt, daß die Anträge vom 10.1.1977 an das MdI endgültig abgelehnt sind.
Beide erklärten daraufhin sehr empört, daß sie arbeitslos seien, einem Berufsverbot unterlägen und hier nicht länger leben möchten.
Sie wurden darauf aufmerksam gemacht, daß bei uns keiner arbeitslos ist, im Gegenteil, wir erheblich mehr Arbeitskräfte benötigen, als vorhanden sind. Ihren Beruf als Sekretärin haben sie selbst durch ihre Antragstellung und ihre feindliche Haltung zu unserem Staat auf Spiel gesetzt.
Sie wurden zum Amt für Arbeit verwiesen. Beide berufen sich auf diverse internationale Abkommen, die die DBR einzuhalten hätte.
Es wurde versucht, ihnen klarzumachen, daß sie sich auf keinerlei gesetzliche Grundlagen berufen können, die ihnen einen LV ermöglichen würden.
Die 1. Ablehnung erfolgte am 2.11.1976.
Das Auftreten beider Antragstellerinnen war frech, fordernd und sehr überheblich.

Wehnert

Hauptabteilung XX/AG RV

Berlin, den 30.4.1977
Kli/Ko

101

BStU
000194

179

Sachstandsbericht

zu

1. Spahr, Silke
geb. am 16.10.1951
whnh.: 1035 Berlin, Grünbergerstr. 79

und

2. Seeber, Ilona
geb. am: 17.09.1950
whnh.: 1035 Berlin, Grünbergerstr. 79

Die Genannten waren bis August 1976 im Schreibzimmer des Verlages des "Neuen Deutschland" tätig. Am 1.4.1976 stellten Beide einen an das MdI gerichteten ersten Antrag auf Ausreise aus der DDR, mit dem Ziel der Übersiedlung in die BRD. In der Folgezeit stellten beide Personen weitere im Text gleichlautende Anträge auf Ausreise ausder DDR bzw. auf Entlassung aus der Staatsbürgerschaft der DDR:

- am 08.09.1976
- am 05.11.1976
- am 10.01.1977

In allen Anträgen wird von den Genannten in provokatorischer Form darum ersucht, ihren Anträgen stattzugeben. Sie berufen sich u.a. auf die Charta der Vereinten Nationen über die Menschenrechte sowie auf die Schlußakte von Helsinki. In jedem Antrag geben sie zu verstehen, daß sie keinen Schritt von ihren Forderungen zurückgehen und fest entschlossen sind, in die BRD überzusiedeln.

BStU 000195 /2

102
180

Auf alle vier Anträge wurde ihnen die Ablehnung mitgeteilt, so unter anderem auch bei Aussprachen beim Rat des Stadtbezirks Friedrichshain/ Abt. Innere Angelegenheiten am 1.6.1976, am 8.9.76 und am 8.2.77. Bei jeder Aussprache erklärten die Sp. und die S., daß sue sich trotz Ablehnung nicht von ihrem Vorhaben abbringen lassen.

Am 23.2.77 richteten beide weitere Schreiben an das MdI sowie an den Staatsratsvorsitzenden der DDR mit der Forderung, den Anträgen stattzugeben.

Durch die Kadera-bteilung des ND wurde mit den Eltern im August 1976 der Spahr eine Aussprache betreffs des Ausreiseantrages ihrer Tochter geführt. Die Eltern versuchten ständig, ihre Tochter von diesem Vorhaben abzubringen.

Seit der Kündigung des Arbeitsrechtsverhältnisses im August 1976 gehen beide keiner Arbeit nach. Durch den Verlag des ND wurde beiden nach der Kündigung vier Arbeitsstellen zugewiesen:

1. Autotrans Berlin
2. EAW Treptow
3. VEB lufttechnische Anlagen Berlin
4. VE Kühlbetrieb Berlin

Bei drei Arbeitsstellen haben sie sich nicht beworben und bei VEB Autotrans Berlin haben sie es abgelehnt, dort eine Tätigkeit in der Produktion aufzunehmen.

Anfang 1977 haben sich die S p a h r und die S e e b e r bei der Sportstättenverwaltung Berlin beworben, um dort halbtags als Sauna-Kräfte zu arbeiten. Jedoch wurden dort von beiden Forderungen erhoben, die von der Sportstättenverwaltung nicht zu erfüllen waren und es erfolgte dort keine Einstellung.

Desweiteren wurden im Februar 1977 über den Rat des Stadtbezirks, Abt. Inneres, durch das Amt für Arbeit den beiden Arbeit zugewiesen.

BStU
000196

/3

103
A84

Die Spahr sollte im Betrieb Pentacon eingestellt werden und Ilona Seeber sollte eine Tätigkeit im VEB Lufttechnische Anlagen eine Arbeit aufnehmen.
Da beide nicht in einem Betrieb arbeiten können, lehnten sie dieses Angebot ab und wandten sich daraufhin an das Amt für Arbeit mit der Bitte ug neue Vermittlung.
Sie wurden an das Kinderwochenheim "Makarenko" - Königsheide verwiesen, haben sich aber dort nicht beworben.

Wovon die Sp. und die S. ihren Lebensunterhalt bestreiten, ist nicht bekannt. Vermutlich lassen sie sich von Freunden und Bekannten aushalten.. Inoffizielle wurde bekannt, daß sie aus von der Auszahlung einer Versicherung (2.ooo,— bis 3.ooo,—) leben sollen.
Aus einem Beobachtungsbericht vom Oktober 1976 geht hervor, daß die beiden Kontakt zu 2 Ausländern, vermutlich Mitarbeiter der bulgarischen Botschaft in der DDR, haben.
Die Sp. und die S. bewohnen z.Zt. noch eine Wohnung des ND. Seitens der Kaderabteilung wurde ihnen die Auflage erteilt, die Wohnung so schnell wie möglich zu räumen und sich eine Arbeit zu suchen, da der Wohnraum vom ND dringend benötigt wird.
Die Miete wird von beiden pünktlich bezahlt.

Klinger
Major

78

BStU
000169
KK erfaßt
Bln. Abt. / KD

KD Friedrichshain

Berlin, 27.2.1978
Frö/Schn.

Eröffnungsbericht zur OPK "Zwillinge"

Name, Vorname:	Seeber, Ilona
geb.am/in:	17.9.1950 Oehrenstock
Wohnanschrift:	1035 Berlin, Grünbergerstr.79
Staatsbürgerschaft:	DDR
Tätigkeit:	Serviererin
Arbeitsstelle:	z. Zt. nicht bekannt
erlernter Beruf:	Stenotypistin

Die Genannte stellte seit April 1976 insgesamt 7 rechtsw. Ersuchen. Diese Ersuchen fertigte sie teilweise in 2 oder 3facher Ausfertigung an und sandte diese an den Staatsratsvorsitzenden Gen. Honecker, an das MdI sowie an den Rat des Stadtbezirks Friedrichshain.
In diesen Schmähschriften kommt ihre ablehnende Haltung zur DDR zum Ausdruck.
Es ist zu verzeichnen, daß diese Ersuchen in provokatorischer Art und Weise abgefaßt werden und verleumderischen Charakter tragen. In allen Ersuchen bekräftigt sie, daß sie unter keinen Umständen und durch nichts ihre Absicht aufzugeben gedenkt, in der DDR zu verbleiben.
Sie werde solange Ersuchen stellen, bis sie ihr Ziel erreicht hat.
Der S. wurde im August 1976 das ARV beim ND gekündigt, da aus politischen Gründen eine weitere Beschäftigung nicht mehr möglich war. Diese Kündigung wurde von der S. zum Anlaß genommen in ihren weiteren Ersuchen der DDR zu unterstellen, daß sie unter den Begriff "Berufsverbot" fällte und für ihre feindlichen Argumentation ausnutzte.
Die S. hat zahlreiche Kontakte zu Ausländern, die sie zum größten Teil im Hotel "Metropol" kennenlernt.
Eine diesbezügliche Information der Abt. VI liegt unserer DE vor, aus der hervorgeht, daß die S. gemeinsam mit ihrer Freundin

Spahr, Silke
geb.am: 16.10.1951 Melkof
wh.: 1035 Berlin, Grünbergerstr.79
Staatsbürgerschaft: DDR
Tätigkeit: Serviererin
Arbeitsstelle: Eiskaffee
erlernter Beruf: Stenotypistin

mit verschiedenen Ausländern im Hotel ohne Anmeldung wohnte.

BStU
000170
2

79

Es ist nicht auszuschließen, daß sie beide diese Kontakte bewußt anstreben, um sie für ihr Ziel des Verlassens der DDR auszunutzen.
In ihrem Ersuchen vom 19.4.1977 kritisiert sie die Maßnahmen gegen Biermann und Kunze und hält diese genannten für hervorragende Persönlichkeiten und Schriftsteller.
In diesem Zusammenhang muß eingeschätzt werden, daß die S. der gegnerischen Argumentation unterlegen ist und alle Handlungen ihrem Ziel unterordnet.

Besonders zu beachten ist, daß die S. eng mit der bereits genannten Freundin koordiniert und sich gegenseitig im Vorgehen absprechen.

Beide suchten im März 1976 die BRD-Vertretung auf, um sich Hilfe bzw. Ratschläge für ihr weiteres Vorgehen zu holen.

Die S. richtete einen Brief mit Durchschlag ihres Ersuchens ~~versehen~~ an die

[redacted], [redacted]
5000 Köln 80
Stammheimer Ring [redacted]

mit der Bitte zur Weiterleitung an den Bundesinnenminister Franke.
Dieser Brief konnte sichergestellt werden und wurde von der Weiterleitung ausgeschlossen. In diesem Brief fordert sie den Bundesinnenminister Franke auf, sie in dieser Angelegenheit zu unterstützen und Verbindung aufzunehmen mit der [redacted], [redacted] über die alle eingeleiteten Maßnahmen realisiert werden sollen.

In ihrem letzten Schreiben vom 9.1.1978 beharren sie weiterhin auf ihre Ausreise und formulierten, daß durch die Intoleranz des Staates und durch die Maßnahmen der Behörden eine Hemmung der Persönlichkeitsentwicklung und damit eine Rückwärtsentwicklung zu verzeichnen ist.
Dieses Ersuchen richteten sie gleichfalls an den Staatsratsvorsitzenden Gen. Honecker.

Zur Bearbeitung der OPK werden folgende Maßnahmen eingeleitet, nach deren Realisierung die weitere Bearbeitung festgelegt wird:

1. Aufklärung der Verbindungen und Einflußfaktoren, die in der Entschlußfassung des Verlassens der DDR negativ einwirken In diesem Zusammenhang ist die Bindung zum Elternhaus aufzuklären.
   Verbindungsaufnahme und Koordinierung mit den zuständigen Dienststellen.

   Termin: 15.4.1978

   Verantwortlich: Gen. Fröhlich

BStU
000171
3

80

2. Überprüfung aller bekanntwerdenden Personen in den Speichern des MfS, VP und Zoll

   Termin: laufend

   Verantwortlich: Gen. Fröhlich

3. Ermittlung der derzeitigen Arbeitsstelle und Schaffung von Voraussetzungen einer inoffiziellen Kontrolle im Arbeitsbereich

   Termin: 15.4.1978

   Verantwortlich: Gen. Fröhlich

4. Einleitung einer M-Kontrolle und Prüfung der Möglichkeiten für Auftrag "A" der Abt. 26

   Termin: 15.4.1978
   Verantwortlich: Gen. Fröhlich

   keine Möglichkeit

5. Vorbereitung und Durchführung einer Aussprache im Rat Friedrichshain zur weiteren Einschätzung des Persönlichkeitsbildes der S. und des Grades der Verhärtung ihrer Absichten, die DDR zu verlassen.
   Termin: 30.4,1978
   Verantwortlich: Gen. Fröhlich

6. Schaffung geeigneter Kontaktpersonen für die inoffz. Nutzung In diesem Zusammenhang ist mit der Abt. VI zu koordinieren, um zu prüfen, welche Möglichkeiten für eine inoffz. Kontrolle bestehen (Hotel Metropol)

   Termin: 30.4.1978
   Verantwortlich: Gen. Fröhlich

   Die Punkt 6 ist für die Realisierung der Ziel- u. Aufgabenstellung am wesentlichsten aber auch am komplizierten. In Übereinstimmung mit Punkt 1. u. 7. sind vor allem die Verbindungen aufzuklären u. auf Eignung für Ihr. Arbeit zu prüfen.
   – Konsultation mit Gen. Laurenz (Grundsatzthema!)
   Kindey 4/4.78

Fröhlich
Fröhlich
Unterleutnant

Verteiler:
1 Ex. BKG
1 Ex. AIE
1 Ex. ZNA

7. Feststellung des Charakters der Verbindung zu der [redacted], [redacted]
   Ermittlung der Personalien und Prüfung der Einreisesperre.

Bo.
6.5.78

BArch, MfS, AOP 11063/81, Bl. 171

BStU
000172

87

KD Friedrichshain

Berlin, 27.2.1978
Frö/Schn.

KK erfaßt
3In.Abt. / KD
7.4.78

Eröffnungsbericht zur OPK "Zwillinge"

Name, Vorname:	Spahr, Silke
geb.am/in:	16.10.1951 Melkof
Wohnanschrift:	1035 Berlin, Grünbergerstr.79
Staatsbürgerschaft:	DDR
Tätigkeit:	Serviererin
Arbeitsstelle:	Eiskaffee
erlernter Beruf:	Stenotypistin

Die Genannte stellte seit April 1976 insgesamt 7 rechtsw. Ersuchen. Diese Ersuchen fertigte sie teilweise in 2 oder 3facher Ausfertigung an und sandte diese an den Staatsratsvorsitzenden Gen. Honecker, an das MdI sowie an den Rat des Stadtbezirks Friedrichshain.
In diesen Schmähschriften kommt ihre ablehnende Haltung zur DDR zum Ausdruck.
Es ist zu verzeichnen, daß diese Ersuchen in provokatorischer Art und Weise abgefaßt werden und verleumderischen Charakter tragen. In allen Ersuchen bekräftigt sie, daß sie unter keinen Umständen und durch nichts ihre Absicht aufzugeben gedenkt, in der DDR zu verbleiben.
Sie werde solange Ersuchen stellen, bis sie ihr Ziel erreicht hat.
Der S. wurde im August 1976 das ARV beim ND gekündigt, da aus politischen Gründen eine weitere Beschäftigung nicht mehr möglich war. Diese Kündigung wurde von der S. zum Anlaß genommen in ihren weiteren Ersuchen der DDR zu unterstellen, daß sie unter den Begriff "Berufsverbot" fällte und für ihre feindlichen Argumentation ausnutzte.
Die S. hat zahlreiche Kontakte zu Ausländern, die sie zum größten Teil im Hotel "Metropol" kennenlernt.
Eine diesbezügliche Information der Abt. VI liegt unserer DE vor, aus der hervorgeht, daß die S. gemeinsam mit ihrer Freundin

Seeber, Ilona
geb.am: 17.9.1950 Oehrenstock
wh.: 1035 Berlin, Grünbergerstr.79
Staatsbürgerschaft: DDR
Tätigkeit: Serviererin
Arbeitsstelle: z. Zt. nicht bekannt
erlernter Beruf: Stenotypistin

mit verschiedenen Ausländern im Hotel ohne Anmeldung wohnte.

BStU
000173
2

82

Es ist nicht auszuschließen, daß sie beide diese Kontakte bewußt anstreben, um sie für ihr Ziel des Verlassens der DDR auszunutzen.
In ihrem Ersuchen vom 19.4.1977 kritisiert sie die Maßnahmen gegen Biermann und Kunze und hält diese genannten für hervorragende Persönlichkeiten und Schriftsteller.
In diesem Zusammenhang muß eingeschätzt werden, daß die S. der gegnerischen Argumentation unterlegen ist und alle Handlungen ihrem Ziel unterordnet.

Besonders zu beachten ist, daß die S. eng mit der bereits genannten Freundin koordiniert und sich gegenseitig im Vorgehen absprechen.

Beide suchten auch im März 1976 die BRD-Vertretung auf, um sich Hilfe bzw. Ratschläge für ihr weiteres Vorgehen zu holen.

In ihren letzten Schreiben vom 9.1.1978 beharren sie weiterhin auf ihre Ausreise und formulierten, daß durch die Intoleranz des Staates und durch die Maßnahmen der Behörden eine Hemmung der Persönlichkeitsentwicklung und damit eine Rückwärtsentwicklung zu verzeichnen ist.
Dieses Ersuchen richteten sie gleichfalls an den Staatsratsvorsitzenden Gen. Honecker.

Zur Bearbeitung der OPK werden folgende Maßnahmen eingeleitet, nach deren Realisierung die weitere Bearbeitung festgelegt wird:

1. Aufklärung der Verbindungen und Einflußfaktoren, die in der Entschlußfassung des Verlassens der DDR negativ einwirken
   In diesem Zusammenhang ist die Bindung zum Elternhaus aufzuklären.
   Verbindungsaufnahme und Koordinierung mit den zuständigen Dienststellen.

   Termin: 15.4.1978

   Verantwortlich: Gen. Fröhlich

2. Überprüfung aller bekanntwerdenden Personen in den Speichern des MfS, VP und Zoll

   Termin: laufend

   Verantwortlich: Gen. Fröhlich

3. Ermittlung der derzeitigen Arbeitsstelle und Schaffung von Voraussetzungen einer inoffiziellen Kontrolle im Arbeitsbereich

   Termin: 15.4.1978

   Verantwortlich: Gen. Fröhlich

BStU
000174
3

83

4. Einleitung einer M-Kontrolle und Prüfung der Möglichkeiten für Auftrag "A" der Abt. 26.

   Termin: 15.4.1978

   Verantwortlich: Gen. Fröhlich

5. Vorbereitung und Durchführung einer Aussprache im Rat Friedrichshain zur weiteren Einschätzung des Persönlichkeitsbildes der S. und des Grades der Verhärtung ihrer Absichten, die DDR zu verlassen.

   Termin: 30.4.1978

   Verantwortlich: Gen. Fröhlich

6. Schaffung geeigneter Kontaktpersonen für die inoffz. Nutzung
   In diesem Zusammenhang ist mit der Abt. VI zu koordinieren, um zu prüfen, welche Möglichkeiten für eine inoffz. Kontrolle bestehen (Hotel Metropol)

   Termin: 30.4.1978

   Verantwortlich: Gen. Fröhlich

Ergänzung zum Bemerken OPK Seeber:

Fröhlich
Fröhlich
Unterleutnant
Bo. 6.4.78

Verteiler:
1 Ex. BKG
1 Ex. AIE
1 Ex. ZNA

1. Hinweise für Seeber haben inhaltlich gleiche Bedeutung für Spahr.
2. Sicherlich ist die Bearbeitung Spahr/Seeger nicht zu trennen.

Kiesche 6/4.78

BArch, MfS, AOP 11063/81, Bl. 174

[redacted] [redacted]

Stammheimer Ring [redacted]

5 Köln 80

Köln, den 9.1.1979

BStU
000128

Ministerium des Inneren
Herrn Minister Dickel
Marx Engels Platz

1o2 Berlin

Betr.: Ausreise- bzw. Übersiedlungsantrag in die BRD
von Ilona Seeber, Grünberger Str. 79,
1o35 Berlin

Sehr geehrter Herr Minister Dickel!

Meine Nichte, Ilona Seeber, stellte am 1.4.1976 erstmal einen Antrag auf Übersiedlung in die BRD im Rahmen der Familienzusammenführung.
Nachdem ihr erhebliche Schwierigkeiten gemacht wurden, erhielt sie im Juni 1978 die Mitteilung, daß ihr Antrag bewilligt wurde und sie ca 3 Monate später ausreisen können.
Ich habe mich daraufhin bereits um die Unterbringung von Frl. Seeber bemüht, bzw. alles Erforderliche in die Wege geleitet.
Die erteilte Ausreisebewilligung wurde jedoch leider bis heute nicht bestätigt.
Ich bin der Ansicht, daß diese Art und Weise doch zu wünschen übrig lässt und bitte Sie, mir einmal mitzuteilen, ob diese Handlungsweise im Allgemeinen üblich ist und auch Ihre Zustimmung findet, was ich mit ansich nicht vorstellen kann.

Hochachtungsvoll

BArch, MfS, AOP 11063/81, Bl. 128

BStU
000250

Abteilung II

Berlin, den 11. Jan. 79
II/A/ 295 /79
Gre - App. 257 /463

152

Leiter der ~~Abt.~~ / KD Friedrichshain
im Hause
über A K G

V/GB
12 JAN 1979
Nr. 183/79
an: B 2

V/GB
29 JAN 1979
327/79
Gen. Tanne

Kontakte zu in der Hauptstadt der DDR befindlichen ausländischen diplomatischen Vertretungen durch einen Bürger Ihres Stadtbezirkes/ Verantwortungsbereiches

Inoffiziell wurde bekannt, daß

SPAHR, Silke
geb.: 16.10.51
wh.: 1035 Berlin, Grünberger Str. 79

und

SEEBER, Ilona
geb.: 17.09.50
wh.: wie oben

!

am 11. 12. 78 die Ständige Vertretung der BRD in der DDR aufsuchten. Lt. Rückfrage bei der zuständigen Meldestelle ist die [redacted] dort nicht gemeldet. Evtl. handelte es sich um einen besuchsweisen Aufenthalt bei der Sp.

Lt. HA II/12 ist die Sp. für Ihre Diensteinheit erfaßt.

Es wird gebeten, gemäß der DA 5/74 des Leiters der Verwaltung, Punkt 4.3.3., die notwendigen Überprüfungsmaßnahmen einzuleiten. Danach sind die Einschätzungen, die in der Regel zwei Seiten nicht überschreiten sollten, nach folgenden Punkten zu erarbeiten:

- vollständige Personalien
- Arbeitsverhältnis und Tätigkeit (insbesondere unter Beachtung, ob Geheimnisträger, Verbindung zu operativ interessanten Personen und Objekten u.ä.)
- politische Grundeinstellung und soziale Verhältnisse
- Motive und Gründe für die Verbindungsaufnahme zur Ständigen Vertretung.
  Dabei sind die Motive konkret zu benennen, z.B.: Personen mit rechtswidrigem Ersuchen auf Übersiedlung (hier ist herauszuarbeiten, mit welcher Begründung die Übersiedlung beantragt wird), andere Motive, Motive unbekannt usw.

- 2 -

BArch, MfS, AOP 11063/81, Bl. 250

BStU
000251

Das trifft besonders auf den Personenkreis zu, der Kontakt zum MfS hat bzw. hatte und ohne Kenntnis des MfS Verbindung zur Ständigen Vertretung aufnahm.
(Solche Feststellungen sind unter dem Gesichtspunkt von Verratshandlungen bzw. der Spionage zu sehen.)

- Es ist konkret auszuführen, in welcher Form, mit welcher Zielstellung die Person operativ bearbeitet bzw. unter Kontrolle gehalten wird und in welcher Form die Erfassung erfolgt. Hierbei wird auf die Anlage 4 zum Befehl 299/65 des Genossen Minister (Personenkartei DDR) verwiesen.

- Ergeben sich aus den vorliegenden politisch-operativen Erkenntnissen Hinweise, daß bei Personen Demonstrationshandlungen, Terrordrohungen oder andere Provokationen nicht auszuschließen sind, sind über solche Personen Bilddokumentationen (Paßbilder, Bilder aus der Bewegung, Kfz u.ä.) und eine ausführliche Personenbeschreibung (besonders heutiges Aussehen) zu erarbeiten und dem Bericht beizufügen.

Das Aufklärungsergebnis und Ihre Entscheidung bezüglich einer weiteren Kontrolle oder Bearbeitung ist bis zum

27. Februar 1979

über die AKG in zweifacher Ausfertigung nach hier zu übersenden. Später bekannt werdende Fakten sind der Abt. II unverzüglich nachzumelden.

Leiter der Abteilung II

Heinert
Oberstleutnant

Anlage
--

~~176~~ 175

Bezirksverwaltung
für Staatssicherheit Berlin
KD Friedrichshain

Berlin, 29. Januar 1979
BO/Schn./ 252 /1979

BStU
000277

Bestätigt:
Leiter der BV

Schwanitz
Generalmajor

V o r s c h l a g
zur Übersiedlung auf der Grundlage des Befehls 6/77
des Genossen Minister (Anlage 5)

1. Angaben zur betreffenden Person

Name, Vorname	:	S e e b e r , Ilona
geb.am/in	:	17.9.1950/Oehrenstock
wohnhaft	:	1035 Bln., Grünberger Str.79
Familienstand	:	ledig
Staatsbürgerschaft	:	DDR
Zahlungsverpflichtungen	:	keine
Vermögen in der DDR	:	entfällt
erlernter Beruf	:	Stenotypistin
ausgeübte Tätigkeit	:	Sekretärin bis August 1976, Schreibkraft
Arbeitsstelle bzw. letzte Arbeitsstelle	:	bis August 1976 - Verlag "Neues Deutschland", z.Zt. Intertext freischaffend Schreibarbeiten
spezielle Angaben	:	keine
Parteizugehörigkeit	:	ohne
Massenorganisationen	:	ohne
Rückkehrer/Erstzuzug	:	entfällt
Vorstrafen	:	keine

Erfaßt für die Kreisdienststelle Friedrichshain.

BArch, MfS, AOP 11063/81, Bl. 277

BStU
000278

2

~~172~~ 176

2. Zu wem soll die Übersiedlung erfolgen

Name, Vorname	:	[redacted], [redacted]
geb.am/in	:	[redacted] 1924/Langewiesen
wohnhaft	:	5 Köln 80, Stammheimer Ring [redacted]
Familienstand	:	verwitwet
Staatsbürgerschaft	:	BRD
Beruf/Tätigkeit	:	Kassiererin
Arbeitsstelle	:	Bayernwerke
Verwandtschaftsverhältnis zum DDR-Bürger	:	Tante der S e e b e r

Bei der [redacted] handelt es sich um die Tante der Seeber. Die [redacted] reiste seit 1973 ca. 1 bis 2 Mal zum damaligen Wohnort der Seeber, Oehrenstock, ein und besuchte die Eltern der Seeber.

In einem Brief der Seeber an die [redacted], geschrieben am 31.3.76, wendet sich die Seeber an die [redacted] mit der Bitte, daß die [redacted] weiter beigefügte Briefe an den Bundesminister Franke von Köln nach Bonn weiterleitet.

Aus dem gesammten Briefverkehr kann zwischen der Seeber und der [redacted] abgeleitet werden, daß die [redacted] die Seeber maßgeblich beeinflußt hat, daß die Seeber ein rechtswidriges Ersuchen stellt. (Brief 31.3.76/rechtsw. Ersuchen 7.4.76).

Durch das negative Verhalten der [redacted] verfestigte sich die bereits vorhandene politisch-negative Einstellung der Seeber gegenüber der DDR so, daß sie hartnäckige rechtswidrige Ersuchende wurde.

Gegen die [redacted] wird eine Einreisesperre eingeleitet. Sie war bisher nicht erfaßt.

184

Bezirkskoordinierungsgruppe

Berlin, 8. Februar 1979
feh-mü - tel. 568
tgb.-nr. /79

BStU
000288

VfS / GB
- 18 -
- 9. FEB 1979
Tgb. Nr. 487/79
Weiter an: Gen. Tau

V e r m e r k

Der Vorschlag zur Übersiedlung der SEEBER, Ilona, aus politisch-operativen Gründen entspricht nicht den Anforderungen des Befehls 6/77 des Genossen Minister.

Die Übersiedlung wird im wesentlichen damit begründet, daß es sich bei ihr um eine hartnäckige Antragstellerin handelt, die trotz entsprechender Bemühungen nicht von ihrem Vorhaben abzubringen ist.

Voraussetzung für die Erarbeitung eines derartigen Vorschlages ist jedoch, daß von der betreffenden Person konkrete feindliche Aktivitäten ausgehen, durch die die staatliche Sicherheit gefährdet wird. Allein der Umstand, daß von der S. die Ständige Vertretung der BRD aufgesucht wurde und sie über in der BRD lebende Personen Verbindung zum sogenannten Ministerium für innerdeutsche Angelegenheiten aufnahm, reicht hierfür nicht aus. Hinzu kommt, daß die S. mit einer Freundin in Wohngemeinschaft lebt, von der gleichfalls rechtswidrige Übersiedlungsersuchen gestellt wurden und darüber hinaus die in der DDR lebende Mutter der S. pflegebedürftig ist.

Durch die letztgenannten Umstände würden im Falle der Genehmigung der Übersiedlung negative Folgeerscheinungen zu erwarten sein.

Leiter der BKG

Fehlhaber

i. V. Fehlhaber, Major

Gen. Coburg
Gen. Tau

Tel. Rücksprache mit Kdr. FeHSo Ser am 6.3.79 ... Seeber weiterhin Operativinteresse ... Spalte 40 Jahre Bürger ... 6.3.79

WV.: nach Rückkehr mit Kollegen Oppv. Zuständigkeit. Lerch 13.3.79

bitte mit den Gen. Gehrmann u. Koch abstimmen!

offensichtlich hatte die Aufgabe d. Vorschlages ref. H. V. anwerbl. Abschöpfung nicht die erforderliche individuelle Tiefe! (Aufgaben u. Lenken!)

Weitere Diff. gg. besprechen? Lerch 9/2.79

[redacted] Stammheimer Ring [redacted]
5 Köln 80

Wost-Post!

Köln, den 18.7.1979

BStU
000100

Rat des Stadtbezirkes
Abt. Inneres
Bersarinplatz
1035 Berlin

Eingegangen
★ 08. AUG. 1979 ☆
Erled. 3686

Betr.: Ausreise- bzw. Übersiedlungsantrag in die BRD von Ilona Seeber, 1035 Berlin Grünberger Str. 79

Sehr geehrte Damen und Herren!

Von meiner Nichte, Frl. Seeber, erfahre ich soeben, daß Ihr bereits zum wiederholten male gestellter Antrag zur Übersiedlung in die Bundesrepublik bzw. zu mir wiederum abgelehnt wurde. Dieses Verhalten Ihrerseits ist mir unverständlich, zumal ihr vor etwa 1 Jahre die Zusage zur Ausreise erteilt wurde, welche jedoch leider nicht eingehalten wurde. Da sich Frl. Seeber bereits seit über 3 Jahren um die Ausreise bemüht und schon erhebliche Schwierigkeiten Ihrerseit hinnehmen musste – die Arbeitsstelle wurde ihr gekündigt und weitere Stellen wurden durch Intervention Ihrerseits wieder aufgeben werden – dürfte doch wohl feststehen, daß es Ihr mit ihrem Anliegen ernst ist und es sich nicht

BStU
000101

um eine vorübergehende Laune handelt.
Man sollte doch in einem Solchen Falle
nicht weiterhin einem Menschen den Willen
und die persönliche Freiheit rauben.
Vielleicht wäre es möglich, daß Sie
mir einmal mitteilen, aus welchem Grunde
Sie Frl. Seeber weiterhin so hartnäckig
die Ausreise verwehren!

Hochachtungsvoll

[redacted]

Rat des Stadtbezirks
Berlin-Friedrichshain
Abt. Innere Angelegenheiten

Berlin, den 24. 09. 1979

121

BStU
000217

KD

Vermerk über das Gespräch mit der Bürgerin Silke S p a h r

Frl. Spahr erscheint auf Vorladung!
Sie erhält Mitteilung darüber, daß ihre Schreiben an den Generalsekretär der SED, Gen. Honecker, das MDI und an uns eingegangen sind.

Wir nehmen dies zur Kenntnis.

Sie wird auf die Sinnlosigkeit dieser Schreiben hingewisen und noch einmal ausdrücklich darauf aufmerksam gemacht, daß wir ihre Versuche die DDR zu verlassen, ganz entschieden zurückweisen.

Eine Rechtsmittelbelehrung erfolgte ebenfalls.

Sie erklärte, daß sie auch gar nichts anderes erwartet habe, sie kenne diese Praktiken.

Auf gar keinen Fall wird sie aufgeben und wenn es noch 10 Jahre dauern sollte.

Sie will hier raus und man solle sie gehen lassen.

Sie habe noch genügend Kraft für ihr erklärtes Ziel zu kämpfen.

Ihr Auftreten war wie bei der Bürgerin Seeber ruhig und sachlich.

Wehnert
- W e h n e r t -

BArch, MfS, AOP 11063/81, Bl. 217

[redacted]
Juthaweg
5 Köln 80

Köln, den 27.9.1979

BStU
000098

3000

An den Vorsitzenden
des Staatsrates der DDR
Erich Honecker
Horst Engels Platz
102 Berlin

-8.10.79*71483

1
DA
60
80
90

Sehr geehrter Herr Staatsratsvorsitzender!

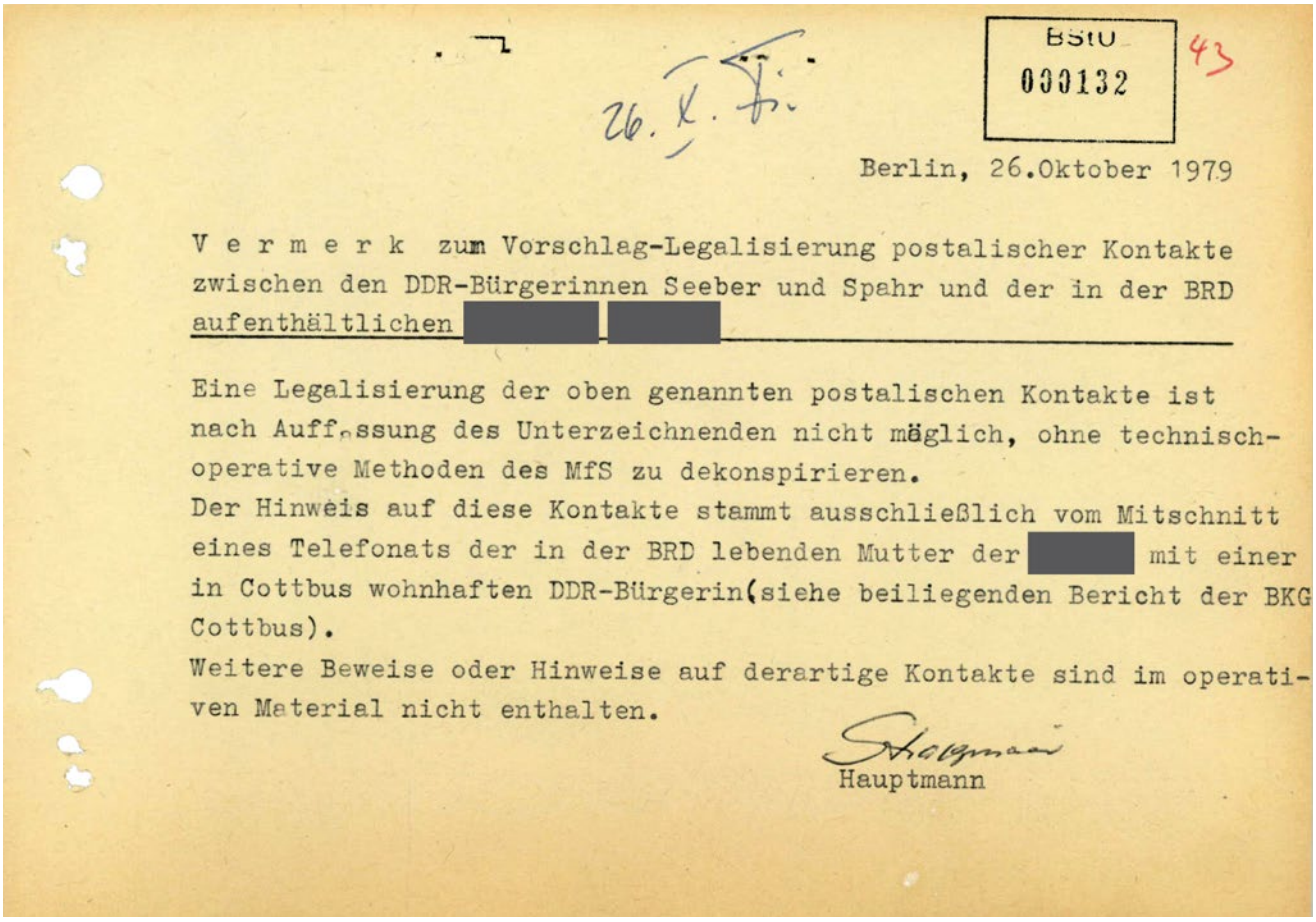
Ich erlaube mir, mich heute mit diesem Brief hilfesuchend an Sie zu wenden.
Meine Cousine, Frl. Ilona Seeber, Grünberger Straße 79, 1035 Berlin, hat bereits vor ca. 3 1/2 Jahren ihren ersten Antrag auf Übersiedlung in die Bundesrepublik gestellt. Leider wurde diesem Antrag trotz des Helsinki-Vertrages bis heute nicht entsprochen. Dies ist mir umsomehr unverständlich, da man ihr im Juni vorigen Jahres die Ausreise genehmigung zusagte, diese Zusage wurde jedoch aus unverständlichen Gründen nicht eingehalten.
Erschwerend kommt bei Frl. Seeber hinzu, daß sie, nach dem sie s.Zt. den Ausreiseantrag stellte, fristlos gekündigt wurde und leider bis heute trotz erheblicher Bemühungen keine gleichwertige Stelle als Sekretärin erhalten hat.
Frl. Seeber hat den festen Wunsch und Willen, die DDR zu verlassen. Jeder Mensch muß doch frei entscheiden können, wo er leben möchte.
Ich verstehe deshalb ihre Einstellung nicht, zumal Frl. Seeber in zahlreichen Briefen und mehrfach

BStU
000099

mündlich gegenüber dem Rat des Stadtbezirkes die Ernsthaftigkeit ihres Anliegens bekräftigt hat.
Aus Anlass des 30. Jahrestages der DDR und der damit verbundenen Amnestien bitte ich sie von Herzen, sich dafür einzusetzen, daß dem Anliegen von Frl. Seeber nunmehr entsprochen wird.
Meine Familie, sowie zahlreiche Bekannte und Verwandte von Frl. Seeber wären ihnen für Ihre Bemühungen unendlich dankbar.

Hochachtungsvoll

[redacted]



BStU
000132

43

26. X. Fi.

Berlin, 26.Oktober 1979

V e r m e r k zum Vorschlag-Legalisierung postalischer Kontakte zwischen den DDR-Bürgerinnen Seeber und Spahr und der in der BRD aufenthältlichen [redacted]

Eine Legalisierung der oben genannten postalischen Kontakte ist nach Auffassung des Unterzeichnenden nicht möglich, ohne technisch-operative Methoden des MfS zu dekonspirieren.
Der Hinweis auf diese Kontakte stammt ausschließlich vom Mitschnitt eines Telefonats der in der BRD lebenden Mutter der [redacted] mit einer in Cottbus wohnhaften DDR-Bürgerin(siehe beiliegenden Bericht der BKG Cottbus).
Weitere Beweise oder Hinweise auf derartige Kontakte sind im operativen Material nicht enthalten.

Hauptmann

BArch, MfS, AOP 11063/81, Bl. 132

49

Kreisdienststelle
Ribnitz-Damgarten

Ribnitz, 05. November 1979
stei-schr

BStU
000139

Mitarbeiter: Oltn. Steinkohl
Quelle: IM "Rae"

Information

Zur Person: S p a r , Silke
ca. 27 bis 28 Jahre
wohnhaft: 1034 Berlin, Grünberger Str. 29

In der Zeit vom 23.08.1979 bis 27.08.1979 hielt sich die SPAR, Silke mit mehreren, durch unsere Diensteinheit operativ bearbeiteten Personen in Prag/CSSR auf, um sich dort mit einem ehemaligen Bürger der DDR, der in Westberlin wohnhaft ist, zu treffen.

Während dieses Treffs wurde bekannt, daß die Sp. seit 3 Jahren Antragstellerin auf Übersiedlung in die BRD ist und seit längerer Zeit keiner geregelten Arbeit nachgeht. Sie erledigt für Verlage in Berlin gelegentlich Schreibarbeiten. Sie forderte den Westberliner Bürger, der durch unsere Diensteinheit wegen Verdacht gemäß §§ 100 und 105 StGB politisch-operativ bearbeitet wird auf, sie mit in die BRD zu nehmen. Der Westberliner Bürger ging auf diesen Vorschlag jedoch nicht ein.

Zu diesem Zeitpunkt konnte durch den IM lediglich der Vorname erarbeitet werden.

Am 18.10.1979 und am 23.10.1979 besuchte der IM die Spar in ihrer Wohnung in der Grünbergstraße 29. Die Sp. wohnt dort mit einer Ilona (Familienname zur Zeit noch nicht bekannt) zusammen, die ca. 25 Jahre, ca. 1,65 m groß ist und kurzes lockiges dunkelblondes Haar trägt.

Silke Spar trägt sich mit dem Gedanken, an das ZDF "Hilferufe aus dem Osten" zu schreiben, um ihre Antragstellung von dort aus publik zu machen und zu forcieren.

BStU
000140
2

50

Ilona äußerte, daß sie bei einer passenden Gelegenheit versuchen wird, die DDR ungesetzlich zu verlassen. Dabei kalkuliert sie ein, daß sie an der Grenze festgenommen wird und nach einer Strafverbüßung in die BRD entlassen wird.

Als Motiv für ihre beabsichtigten Handlungen gaben sie an, daß sie auf alle Fälle in die BRD wollen, um in "Freiheit" zu leben.

Maßnahmen:

- Einsatz des IM "Rac" zur weiteren Aufklärung der Pläne und Absichten nach Koordinierung mit der zuständigen Diensteinheit.

- Information über BV Rostock -BKG an BV Berlin - BKG

Bemerkung:

Der IM berichtete von sich aus. Er ist auf Ehrlichkeit und Zuverlässigkeit überprüft.

Leiter der Kreisdienststelle

Kasten
Oberstleutnant

BArch, MfS, AOP 11063/81, Bl. 140

167

Bezirksverwaltung
für Staatssicherheit Berlin
Kreisdienststelle Friedrichshain

Berlin, den 16.11.1979

BStU
000269

Beobachtungsbericht

zum Objekt "Tulpe I und II"
Beobachtungszeitraum vom 16.11.1979 20.00 Uhr - 22.00 Uhr

20.00 Uhr seit dieser Zeit sitzt "Tulpe I" mit einer männlichen Person im Spezialitätenrestaurant im Hotel "Metropol".

Es wurde zwischen beiden ein ernsthaftes Gespräch geführt. Dabei erzählte "Tulpe I" sehr kritikvoll von persönlichen Problemen. Sie machte einen niedergeschlagenen Eindruck.
Weitere Gesprächsthemen waren Mieten in der DDR, Gehälter und Preiserhöhungen.

Die männliche Person führte das Gespräch mit "Tulpe I" sehr ernsthaft, in einemm hochdeutschen Akzent.
Die männliche Person wohnte im o.g. Hotel. Es schien eine längere Bekanntschaft zu sein.

21.45 Uhr "Tulpe I" bezahlte gegen selbst und sagte, daß sie nach Hause fahre. Die männli Person bezahlte ebenfalls. Beide verließen um

21.55 Uhr das Restaurant, bestellten ein Taxi und warteteten in der Hotelhalle. Um

22.05 Uhr fährt "Tulpe I" mit dem Taxi in unbekannter Richtung ab.

- Die Beobachtung wurde auftragsgemäß abgebrochen.

Personenbeschreibung der männl. Person:

Größe: ca. 1,75-1,80 m
Alter: 35-40 Jahre
Gestalt: schlank
Gesicht: oval, bräunl. Typ
Haare: dunkelgrau, links gescheitelt
Besonderh.: Brille m. Goldrand

Bekleidung: dunkelblauer Pullover, dunkelblaues Hemd, Schwarze Hose, schwarze Schuhe

Bergmann
Feldwebel

Abt 9
168

KD Friedrichshain Berlin, den 30.11.1979

BStU
000270

Beobachtungsbericht

Objekt: "T u l p e I u. T u l p e I I"
Beobachtungszeitraum vom 30.11.1979 09.50 Uhr bis 11.45 Uhr

09.50 Uhr wurde die Beobachtung auftragsgemäß vor dem Objekthaus aufgenommen.

10.30 Uhr verließ eine weibliche Person, vermutlich "Tulpe II", das Objekthaus und begab sich in Richtung Grünbergerstr./Seumestr.

1034 Uhr Begab sich die weibliche Person in die Gemüseverkaufsstelle Grünbergerstr./Seumestr. Nach dem dort getätigten Einkauf begab sie sich auf der Grünbeggerstr. zurück in Richtung Gärtnerstr. und betrat um

10.40 Uhr das Haus Gärtnerstr. 14. Eine mögliche Anlaufstelle konnte nicht ermittelt werden.

Da keine weiteren Feststellungen gemacht werden konnten, wurde die Beobachtung um

11.05 Uhr abgebrochen. Beim Abfahren vom Einsatzort wurde um

11.10 Uhr der PKW Renault R 8, Farbe blau, pol. Kennzeichen VE 396987 (vorderes Nummernschild) bzw. 396987 VE (hinteres Nummernschild) vor dem Objekthaus festgestellt. Bei der Aufnahme dieses Fahrzeuges (Durchfahren einer Einbahnstraße) und erneutem Eintreffen am Einsatzort um

11.15 Uhr konnte der PKW nicht mehr festgestellt werden. Die Absuche der Umgebung verlief ergebnislos. Daraufhin wurde die Beobachtung auftragsgemäß um

11.45 Uhr endgültig abgebrochen.

Beschreibung der weiblichen Person:

Alter: ca. 25 Jahre
Größe: 1,65 - 1,70 m
Gestalt: untersetzt
Haare: dunkelbraun, glatt mit leichter Außenrolle, schulterlang

Bekleidung: dunkelgrüner Lodenmantel mit Passe, bunte Kleiderschürze, dunkle Hose.

Bergmann
Feldwebel

~~170~~ 169

Bezirksverwaltung
für Staatssicherheit Berlin
Kreisdienststelle Friedrichshain

Berlin, den 05.12.1979

BStU
000271

B e o b a c h t u n g s b e r i c h t

Objekt: "Tulpe I und Tulpe II"
Beobachtungszeitraum: 05.12.1979 von 09.30 Uhr - 11.40 Uhr

09.56 Uhr erschien "Tulpe I" in Begleitung einer männlichen Person, die im weiteren Bericht den Namen "Student" erhält. "Tulpe I" begab sich in das Gebäude des Amtes für Arbeit Berlin-Friedrichshain. "Student" begab sich auf die Mittelpromenade der Bersarinstraße, gegenüber dem Amt für Arbeit und wartete dort auf einer Bank.

10.25 Uhr verläßt "Tulpe I" das Gebäude und begibt sich zu "Student" auf die Bank, wo sie sich unterhalten.

10.35 Uhr begeben sich beide in die Lottoannahmestelle Bersarinstr. 91.

10.38 Uhr verlassen sie die Lottoannahmestelle und gehen sehr langsam, untergehakt zum Freizeithaus am Frankfurter Tor, wosie sich die Auslagen ansehen.

10.45 Uhr betreten sie das Freizeithaus, welches sie um

10.55 Uhr wieder verlassen. Sie begeben sich auf die gegenüberliegende Seite der Bersarinstraße und sehen sich die Auslagen des Pelzgeschäftes an.

11.00 Uhr erscheint "Tulpe II" und unterhält sich mit "Tulpe I" und "Student". Kurz danach begibt sich "Tulpe II" in das Amt für Arbeit. Währenddessen halten sich "Tulpe I" und "Student" vor der Zoohandlung am Frankfurter Tor auf.

11.15 Uhr verläßt "Tulpe II" das Amt für Arbeit und begibt sich zu "Tulpe I" und "Student". Alle Drei schlendern langsam die Karl-Marx-Allee, nördliche Seite in Richtung Kino "Kosmos" entlang. In Höhe der Verkaufsstelle für Gasgeräte bleiben sie um

11.23 Uhr stehen, drehen sich um und gehen wieder zurück.

Zu diesem Zeitpunkt wurden alle drei Beobachtungsobjekte für Sekunden verloren. Alle Drei befanden sich zu diesem Zeitpunkt in Höhe des Wohnhauses Karl-Marx-Allee 139. Die sofortige Absuche der anliegenden Ge-

BStU
000272
2

~~177~~
170

schäfte und den zur Hinterlandstraße führenden Durchgängen, nach den Beobachtungsobjekten, verlief ergebnislos.

Nach Einschätzung, sowie Rekonstruktion der Situation der B-Gruppe, können "Tulpe I", "Tulpe II" und "Student" nur im Haus Karl-Marx-Allee 139 verschwunden sein. Bei diesem Haus handelt es sich um ein Schließhaus.

11.40 Uhr wurde die Beobachtung abgebrochen.

Beschreibung "Student":

Alter: ca. 25-30 Jahre
Größe: ca. 1,80-1,85m
Gestalt: schlank
Gesicht: längliches, eckiges Gesicht
Haare: schwarze Haare, lange Koteletten
Besonderh: Studententyp, Brillenträger (dickes dunkelbraunes Horngestell

Bekleidung: gelbe Segeljacke aus Kunststoff (Egelit o.ä.)
dunkelblaue Jeans in die Stiefel gesteckt, hellbraune Stiefel
Umhängetasche

Beschreibung "Tulpe I":

Alter: ca. 25-30 Jahre
Größe: ca. 1,75m
Gestalt: schlank
Gesicht: blass, spitz
Haare: mittelblond bis grau, Frisur Afro-Look
Augen: blau

Bekleidung: kurze hellgraue Bundjacke(Fell), hellblaue Jeans halblang über die Stiefel getragen, dunkelbraune Stiefel

Beschreibung "Tulpe II":

Alter: ca. 25-27 Jahre
Größe: ca. 1,65-1,70m
Gestalt: schlank bis untersetzt
Haare: rötlich gefärbt, schulterlang, aufgephönt.

Bekleidung: dreiviertellange Pelzjacke weiß,grau bis rotbraun gemustert,schwarzer Rock, dunkle Stiefel

Bergmann
Feldwebel

182

Rat des Stadtbezirks Berlin-Friedrichshain

Abt. Innere Angelegenheiten - stellv. Abteilungsleiter -

BStU
000230

Rat des Stadtbezirks Berlin-Friedrichshain, 1034 Berlin, Bersarinstr. 86/90

Kreisdienststelle

Berlin-Friedrichshain

FERNRUF: 5 80 08 11

Ihre Zeichen	Ihre Nachricht vom	Unsere Nachricht vom	Unsere Zeichen	Hausruf	Datum
			pfei-be	175	04. 12. 1979

Betreff

Aussprache mit der Bürgerin S p a h r , Silke
geb. 16.10.1951, wohnhaft: 1035 Berlin, Grünberger Str. 79

Die Aussprache fand am 28.11.1979 beim Direktor des Amtes für Arbeit, Gen. Schmidt, auf dessen Vorladung statt.
An der Aussprache nahm weiterhin der Genosse Pfeiffer, Abt. Innere Angelegenheiten, teil.

Das Ziel der Aussprache bestand darin, der Bürgerin zu erläutern, daß ihr derzeitiges Arbeitsrechtsverhältnis bei Intertext nicht den Anforderungen an ein geregeltes Arbeitsrechtsverhältnis entspricht, und daß auf dieser Grundlage sofort ein neues, ordentliches Arbeitsrechtsverhältnis zu begründen ist.

Der Bürgerin wurde dies eingangs des Gespräches erläutert.

Sie erklärte sich nicht sofort mit einer derartigen Maßnahme einverstanden, sondern erklärte, daß ihr 300,- Mark zum Lebensunterhalt reichen und das sie es verwundere, warum dem staatlichen Organ dies erst jetzt auffällt.

Ihr wurde erläutert, daß mit der Bildung der Ämter für Arbeit ab 01.09.1979, alle gleichgelegenen Fälle einer Prüfung unterzogen und Veränderungen herbeigeführt werden.

Gleichzeitig wurde die Veränderung der strafrechtlichen Bestimmung erwähnt, wonach eine Pauschalarbeit (dies trifft für die derzeitige Tätigkeit der Bürgerin zu) nicht als lautere Art und Weise des Erwerbs des Lebensunterhaltes angesehen werden kann.

Ihr wurde klar gemacht, daß zwar strafrechtliche Bestimmungen derzeitig für sie nicht in Anwendung gebracht werden können, daß aber bei Verweigerung des anderen ARV unbedingt staatliche Maßnahmen zu erwarten sind, da dann Tendenzen des Vorfeldes des asozialen Verhaltens sichtbar werden.

Letztendlich sah die Bürgerin diese Argumente ein und erklärte sich bereit ein anderes ARV aufzunehmen.

-2-

(232) Lippert BfG 014/79

BStU
000231

133

Sie wollte jedoch auf keinen Fall 3 durch das Amt für Arbeit vorbereitete Betriebe aufsuchen (Berliner Bremsenwerk, NARVA und Bereich Krippen und Heime bei Rat des Stadtbezirks).

Sie erklärte vielmehr in 14 Tagen ein selbstgewähltes ARV in einem staatlichen Betrieb vorzulegen.

Der Direktor des Amtes für Arbeit erklärte sich mit dieser Vorstellung in keiner Weise einverstanden, sondern bestand darauf, daß die Bürgerin eine Vermittlungskarte zum Berliner Bremsenwerk annehme und nach Ablauf einer Woche das ARV mit diesem Betrieb vorlegt.

Durch den Unterzeichner wurde ihr eingeräumt, nach dieser Frist auch eigene Bemühungen betreffs anderer ARV vorlegen zu können, aber auf jeden Fall das Berliner Bremsenwerk aufzusuchen, da Arbeitsrechtsverhältnisse ohne des Amtes für Arbeit derzeitig so gut wie gar nicht zustande kommen können.

Die Bürgerin wurde zum 05.12.1979 zwecks Vorlage ihrer Bemühungen erneut vorgeladen.

P f e i f f e r
stellv. Abteilungsleiter

BStU
000232
HD

Rat des Stadtbezirks
Berlin-Friedrichshain
Abt. Innere Angelegenheiten

Berlin, a...

134

Vermerk über das Gespräch mit der Bürgerin S e e b e r , Ilona

Frl. Seeber erscheint auf Vorladung.
Sie wird darauf hingewiesen, daß ihre Schreiben an den Generalsekretär der SED, Gen. E. Honecker und das MdI eingegangen sind und n u r der Rat des Stadtbezirkes Berlin-Friedrichshain für derartige Angelegenheiten zuständig ist.

Desweiteren wird ihr der Vorwurf gemacht, daß sie aufgrund der falschen Darlegungen für uns völlig unglaubwürdig geworden ist und wir uns gegen diese aus der Luft gegriffenen Anschuldigungen verwahrrn.
Als Rechtsmittelbelehrung wird ihr der § 219 StGB wörtlich vorgetragen und die daraus entstehenden Konsequenzen eingehend erläutert.
Im Gegensatz zu vorangegangenen Gesprächen war ihr Auftreten ruhig und sachlich.

Sie erklärt noch einmal, daß sie sich an diese Leute nicht halten könnte, die ihr derartiges an den Kopf geworfen hätten und sie auf jeden Fall weiter machen wird, ohne gegen die bestehenden Gesetze zu verstoßen.
Sie kündigte jedoch an, wenn sie zu der Auffassung gelangen sollte sich anderer Möglichkeiten, ihre Sache publik zu machen, zu bedienen, dann kalkuliert sie auch mit ein, daß sie von den staatlichen Organen zur Rechenschaft gezogen wird.

Sie möchte ihre Freiheit wieder erlangen, sie wird dem Staat keinen Nutzen mehr bringen und nur soviel arbeiten, wie sie zum Leben benötigt. Sie verdiene bei Intertext 300,- M und das reicht ihr zum Leben.

Zum Schluß stellt sie die Frage, nach welchen gesetzlichen Grundlagen man den [redacted] hätte übersiedeln lassen. Man sollte doch die gleichen für sie in Anwendung bringen.
Sie wird solange schreiben und wenn es noch 5 oder 10 Jahre dauern sollte, bis sie in Freiheit leben kann.

Wehnert
- W e h n e r t -

52

Bezirksverwaltung
für Staatssicherheit Berlin
KD Friedrichshain

Berlin, 6. Dezember 1979
Frö/Gl/ 3056 /79

BStU
000143

Ministerium
für Staatssicherheit
Hauptabteilung VII/5

[redacted], [redacted], geb. am [redacted] 1949 - Ihr Schreiben vom 28.11.1979, be-wi, Tgb.Nr. 2387/79 -

Folgende DDR-Bürger, die durch unsere Diensteinheit operativ bearbeitet werden, unterhalten zu der [redacted], [redacted], Mitglied der GfM, Gruppe Köln, Verbindung:

S p a h r, Silke
geb. am 16.10.1951 in Melkof
wh,: 1035 Berlin, Grünbergerstr. 79

S e e b e r, Ilona
geb. am 17.9.1950 in Oehrenstock
wh.: 1035 Berlin, Grünbergerstr. 79

Wir bitten zu prüfen, ob die BRD-Bürgerin

[redacted], [redacted]
geb. am [redacted] 1950 in Köln
wh,: 5 Köln 80, Juttaweg [redacted]

als Mitglied der GfM in Ihren Karteien erfaßt ist.

Stellv. Leiter KD

Laurenz
Major

BArch, MfS, AOP 11063/81, Bl. 143

2777 54

Bezirksverwaltung für
Staatssicherheit Dresden
Abteilung IX

Dresden, den 14. 12. 1979
Tgb.-Nr. 3715 /1979
Teu/Th

VfS/ B
- 32 -
19 DEZ. 1979
Tgb. Nr. 2896
Weiter an:

BStU
000144

Bezirksverwaltung für
Staatssicherheit Berlin

Bezirkskoordinierungsgruppe
Gen. Major FEHLHAUER

UV [redacted], [redacted]

Als Anlage werden wie angefordert Untersuchungsdokumente aus o. g. Untersuchungsvorgang übersandt.

Aus diesen geht eindeutig hervor, daß es sich bei der [redacted] um eine Mitarbeiterin der "Gesellschaft für Menschenrechte", Gruppe Köln, handelt.
Dieses Material kann als Beweismittel in Ermittlungsverfahren verwendet werden.

Der Beschuldigte erhielt den ersten Brief der [redacted] am 02.05.1978 unter dem Absender [redacted], 75 Cottbus, Sandowerstr. [redacted] (nur inoffizielles Material).

Anlage
1 Beschuldigtenvernehmung
vom 10.12.1979
8 Blatt Xerox-Abzüge

Leiter der Abteilung IX

SETTNER
Oberstleutnant

Köln, den 12.12.79

BStU
000692

Liebe Ilona, liebe Silke !

Ich wünsche Euch beiden ein schönes,geruhsames Weihnachtsfest und hoffe, daß Ihr es so begehen könnt, wie Ihr es Euch gewünscht habt. Es schließen sich diesen Wünschen auch [redacted] und [redacted] an, sowie meine Mutter und [redacted] und [redacted] !
Ich denke doch, daß das Weihnachtspaket noch rechtzeitig und vollständig angekommen ist und zur Freude betragen konnte...
Es tut mir leid, liebe Ilona, daß ich letztens beim Telefonieren so wenig sagen konnte, aber Du hast sowieso schlecht verstehen können und es stimmte auch, daß ich doch noch recht verschlafen war. Eigentlich hatte ich vor, nach reichlicher Überlegung, doch etwas auch zum damaligen Telefonat zu sagen, aber nun werde ich es im wesentlichen doch verschieben. Brieflich werde ich darauf nicht eingehen.
Inzwischen, wenn mein Brief eintrifft, wird sich ja alles ergeben haben. Ich hoffe, daß die neue Arbeit zu Eurer Zufriedenheit abläuft....
Das Weihnachtsfest werden wir dieses Mal alleine verleben und erst am 1. Feiertag mit meiner Mutter und den Jungens bei uns ein kleines Essen und das Geschenkeaustauschen veranstalten. Meiner Mutter war diese Idee gekommen, denn nun, wo sie ja eine eigene Wohnung hat, macht so ein Fest wieder in den eigenen 4 Wänden spaß und ich fAND ES Auch angebracht. Nur, es wird etwas still werden... In den Winterurlaub können wir nun leider nicht fahren, denn eine Autoreparatur hat uns dazu die Mittel genommen. Schade, wir hatten uns schon darauf gefreut und [redacted] hat doch Ferien,aber es geht eben leider nicht. [redacted] hat auch 14 Tage Urlaub, denn langsam hat er nicht mehr den Nerv, nonstop zu arbeiten... Wir werden hier in der Gegend von Köln ein paar kleinere Abstecher machen und wenn eventuell noch Schee liegt, dann wird es sicher sehr schön, denn die Gegenden sind teilweise traumhaft niedlich.
Also, für heute möchte ich schließen und schreibe gleich nach Weihnachten wieder an Euch !

[redacted]

BArch, MfS, AOP 11063/81, Bl. 92

BStU
000182

89

KD Friedrichshain
Ref. "IS"

Berlin, 20. Dezember 1979
Frö-sch

Abteilung IX
Leiter
über
B K G

A r b e i t s v e r m e r k
zur OPK "Zwillinge"

Die in der strafrechtlichen Einschätzung der Abteilung IX vom 19.10.1979 enthaltenen Hinweise des Leiters der Bezirksverwaltung zur Legalisierung der GfM-Mitgliedschaft konnte, in enger Zusammenarbeit mit der BKG, realisiert werden.

Dazu liegt bei der BKG ein offizielles beweiskräftiges Material vor, welches durch die BV Dresden erarbeitet wurde.

Des weiteren erfolgt im Zusammenhang mit der zielstrebigen Bearbeitung der OPK eine Koordinierung mit der BV Rostock, KD Ribnitz-Damgarten, deren inoffizielle Verbindung u.a. Kontakte zu den in der OPK bearbeiteten Personen unterhält.

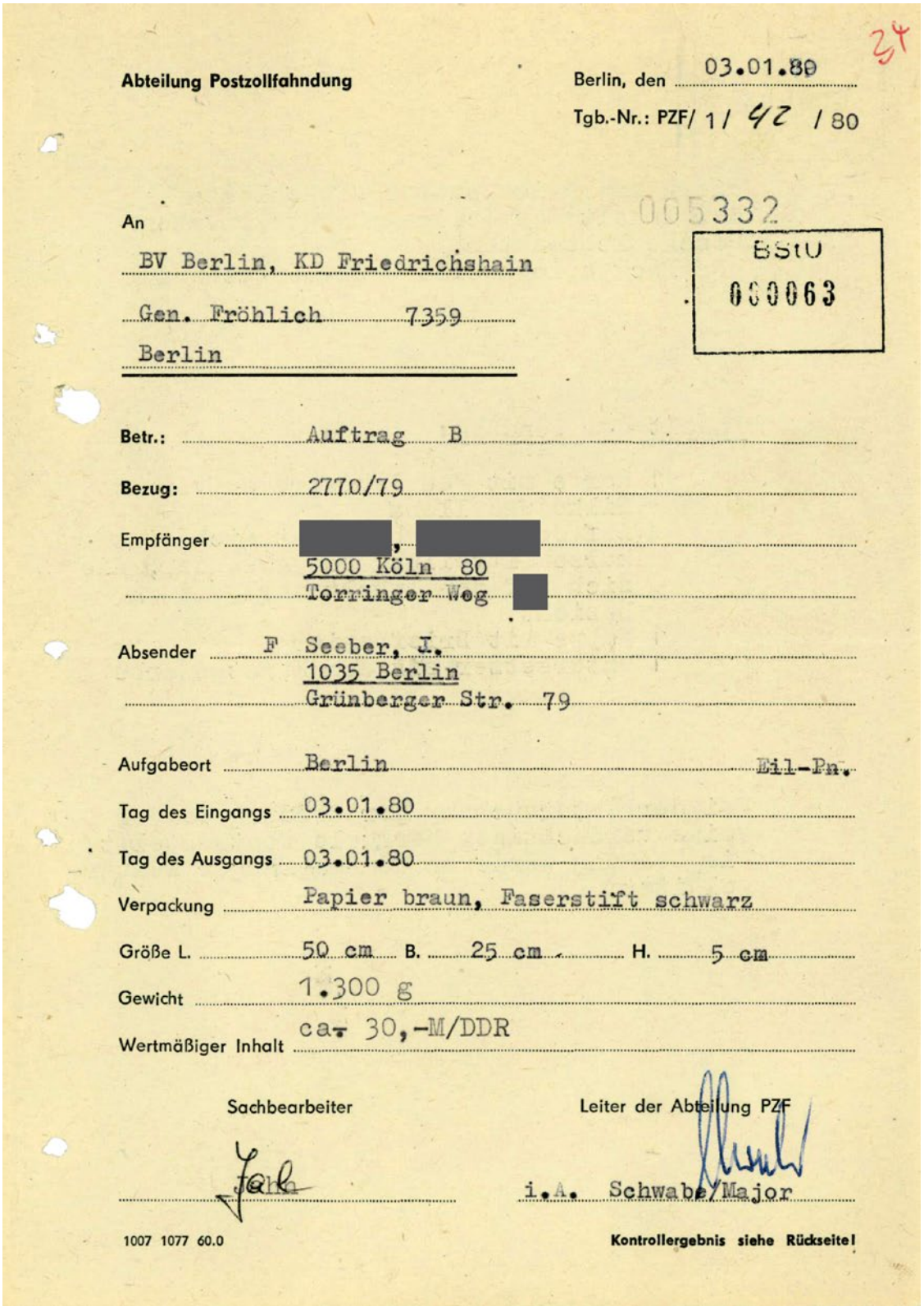
Der IM wie auch vermutlich die bearbeiteten Personen unterhalten Kontakte zu Personen, die wegen des Verdachts der Untergrundtätigkeit vorgangsmäßig von der KD Prenzlauer Berg operativ bearbeitet werden.

Auf der Grundlage dieser neuen Erkenntnisse und der Beweise bitten wir, eine erneute strafrechtliche Einschätzung vorzunehmen.

Leiter der KD

Niesler
Oberstleutnant

Verteiler:
1 Ex. Abt. IX/ü. BKG
2 Ex. Material OPK "Zwillinge"



Abteilung Postzollfahndung

Berlin, den 03.01.80

Tgb.-Nr.: PZF/ 1/ 42 /80

005332

BStU
000063

An

BV Berlin, KD Friedrichshain
Gen. Fröhlich 7359
Berlin

Betr.: Auftrag B

Bezug: 2770/79

Empfänger [redacted], [redacted]
5000 Köln 80
Torringer Weg [redacted]

Absender F Seeber, I.
1035 Berlin
Grünberger Str. 79

Aufgabeort Berlin Eil-Pn.

Tag des Eingangs 03.01.80

Tag des Ausgangs 03.01.80

Verpackung Papier braun, Faserstift schwarz

Größe L. 50 cm B. 25 cm H. 5 cm

Gewicht 1.300 g

Wertmäßiger Inhalt ca. 30,-M/DDR

Sachbearbeiter

Leiter der Abteilung PZF

i.A. Schwabe/Major

1007 1077 60.0

Kontrollergebnis siehe Rückseite!

BStU
000064

Die Sendung ist sauber verschlossen.
Der Inhalt der Sendung trägt privaten Geschenkcharakter.
Das Packpapier weist Transportschäden auf.

Inhalt der Sendung:

1 Karte mit Neu Jahrsgrüßen von Silke und Ilona
Auf der Karte befindet sich eine kurze Mitteilung vom Absender, die sich auf den Inhalt der Sendung bezieht.
1 Mappe mit Briefpapier
1 Untersetzer aus dem Kunstgewerbe

Bei der Untersuchung der Sendung wurden keine verdächtigen Merkmale festgestellt.
Die Sendung wurde an den Empfänger weitergeleitet.

1

~~MfS~~/BV/~~Verw.~~ Berlin Berlin, den 15.1.80

Diensteinheit KD Friedrichshain

Mitarbeiter Fröhlich

Reg.-Nr. XV/1072/80

BStU 000005

Beschluß

über das Anlegen

eines Operativen Vorganges

1. Deckname " Zwillinge "
2. Tatbestand § 100 StGB

eines Ermittlungsverfahrens

(nur bei Ermittlungsverfahren ohne Haft/gegen Unbekannt/bei Übernahme von anderen Organen)

1. Tatbestand

eines Vorganges über Feindobjekt

1. Bezeichnung des Objektes

eines Sicherungsvorganges

Gründe für das Anlegen:

Beide im OV erfaßte Personen unterhalten Verbindungen zu einem Mitglied der"Gesellschaft für Menschenrechte"*

Fröhlich, Ltn.
Mitarbeiter *

Niesler, OSL
Leiter der Diensteinheit *

KK erfaßt Bln. Abt. / KD 22.1.80 Mi

Bestätigt am: 18.1.80 vom i.V. [illegible]
Unterschrift *

Anmerkung: * Zusätzlich Name und Dienstgrad mit Maschine bzw. Druckschrift angeben.

Form 1b 792 1075 50.0

BArch, MfS, AOP 11063/81, Bl. 5

70

Bezirksverwaltung
für Staatssicherheit Berlin
KD Friedrichshain

Berlin, 18. Januar 1980
Bo-Sch

BStU
000161

Bestätigt:
Leiter der Bezirksverwaltung

i. V. [illegible]

Schwanitz
Generalmajor

Ministerium
für Staatssicherheit
Abt. Postzollfahndung

Einleitung eines Auftrages "C"

Wir bitten, zu nachstehenden Personen den Auftrag "C" einzuleiten.

S e e b e r , Ilona
geb.am: 17.9.1950 in Oehrenstock
wohnh.: 1035 Bln., Grünbergerstr. 79

S p a h r , Silke
geb.am: 16.10.1951 in Melkhof
wohnh.: 1035 Bln., Grünbergerstr. 79

Leiter der KD
[illegible]

Niesler
Oberstleutnant

Verteiler:
1 Ex. Abt. PZF
1 Ex. KD Frdhn.

72

KD Friedrichshain Berlin, 18. Januar 1980

BStU
000163

B e g r ü n d u n g :

Beide Personen werden in einem operativen Vorgang gemäß § 100 StGB bearbeitet.

Sie unterhalten beide postalische Verbindungen zu dem GfM-Mitglied

[redacted] , [redacted]
wohnhaft: Köln

Um strafrechtliche Maßnahmen gegen die Spahr und Seeber einleiten zu können, ist es notwendig, Paketsendungen zu beschlagnahmen.

Damit soll offizielles Beweismaterial geschaffen werden.

Fröhlich
Leutnant

18.1.80

KD

Volkspolizei-Inspektion
Berlin - Friedrichshain
Kriminalpolizei
Kommissariat VIII

Berlin, den 21.04.1981

BStU
000167

159

Betr.: Operative Kontrollmaßnahmen gegen die Bürgerin
S e e b e r, Ilona geboren am 17.09.1950 in Oehrenstock, wohnhaft in 1034 Berlin, Grünberger Straße 79

Wie aus der Auswertemeldung des Kontrollbeaufgtragten ersichtlich, hat sich die unter Personenkontrolle stehende Person in das gesellschaftliche Leben der D D R eingegliedert. Die Fortsetzung einer Personenkontrolle gemäß der Dienstvorschrift 031/80 des Ministers des Innern und Chefs der Deutschen Volkspolizei vom 03.04.1980 ist somit nicht megr erforderlich.

V f g.:

1. Ich stelle hiermit die Kontrollmaßnahmen aufgrund des Abschlusses - Wiedereingliederung in das gesellschaftliche Leben - gemäß der DV 031/80 Abschnitt VI Ziffer 17 (1) ein.

2. Die Kreisdienststelle des MfS ist vom Abschluß in Kenntnis zu setzen.

3. Die Ablage der Personenkontrollakte erfolgt unter Az 42 00 37/3 im Kommissariat VIII.

Braune
Hauptmann der K

BArch, MfS, AOP 11063/81, Bl. 167

KD

Volkspolizei-Inspektion
Berlin - Friedrichshain
Kriminalpolizei
Kommissariat VIII

Berlin, den 21.04.1981

160

BStU
000168

Betr.: Operative Kontrollmaßnahmen über die Bürgerin
S i l k e S p a h r, geboren am 16.10.1951 in Melker,
1020 Berlin, Sophienstraße 2

Wie aus der Auswertemeldung des Kontrollbeauftragten ersichtlich, hat sich die unter Personenkontrolle stehende Person in das gesellschaftliche Leben der D D R eingegliedert.
Die Fortsetzung einer Personenkontrolle gemäß der Dienstvorschrift 031/80 des Ministers des Innern und Chefs der Deutschen Volkspolizei vom 03.04.1980 ist somit nicht mehr erforderlich.

V f g.:

1. Ich stelle hiermit die Kontrollmaßnahmen aufgrund des Abschlusses - Wiedereingliederung in das gesellschaftliche Leben - gemäß der DV 031/80 Abschnitt VI Ziffer 17 (1) ein.

2. Die Kreisdienststelle des MfS ist vom Abschluß in Kenntnis zu setzen.

3. Die Ablage der Personenkontrollakte erfolgt im PdVP Abteilung K/ Dez. VI unter Az. - Nr. 4504/80.

Braune
Braune
Hauptmann der K

161

BStU
000169

KD Friedrichshain Berlin, 18.5.1981

Abschlußbericht
zum OV "ZWillinge", Reg.Nr. XV/1072/80

Der OV "Zwillinge" wurde am 15.1.1980 gegen die DDR-Bürger

Name, Vorname:	Seeber, Ilona
geb.am/in:	17.9.1950/Oehrenstock
erlernter Beruf:	Stenotypistin
jetzige Arb.stelle:	Marienkirche, Lichtenbergerstr.8
wohnhaft:	1034 Bln., Grünberger Str. 79

und

Name, Vorname:	Spahr, Silke
geb.am/in:	16.10.1951/Melkof
erlernter Beruf:	Stenotypistin
jetzige Arb.stelle:	Marienkirche, Lichtenbergerstr.8
wohnhaft:	1020 Bln., Sophienstr. 2

nach § 100 StGB angelegt.

Beide Personen traten im April 1976 erstmals mit einem rechtswidrigen Ersuchen auf Übersiedlung in Erscheinung.
Zu diesem Zweck stellten sie seit April 1976 zahlreiche rechtswidrige Ersuchen an verschiedene staatliche Organe der DDR, wo sie ihre negativ-feindliche Einstellung zur DDR offen zum Ausdruck brachten. In ihren teilweise gemeinschaftlich verfaßten Schreiben forderten sie die Genehmigung ihrer Ausreise und Entlassung aus der Staatsbürgerschaft der DDR.

Die Schreiben begründeten sie teils mit Familienzusammenführung und teils mit einer feindlichen Einstellung zur sozialistischen Staats- und Gesellschaftsordnung.

Hier brachten sie diskriminierende Äußerungen zum Ausdruck, die objektiv die Straftatsbestandsmerkmale der §§ 106, 220 StGB verletzten, wie die strafrechtliche Einschätzung der Abteilung IX vom 22.7.79 aussagte.

Diese Schreiben wurden aber der Öffentlichkeit nicht zugänglich und konnten demzufolge für strafrechtliche Maßnahmen nicht herangezogen werden.

BStU
000170

162

2

Im Zusammenhang mit der operativen Bearbeitung konnte durch operativ-technische Mittel erarbeitet werden, daß die Seeber zu ihrer in der BRD lebenden Tante Verbindung herstellte.

Bei der Tante handelte es sich um die

[redacted], [redacted]
[redacted] 1924
Köln, Stammheimer Ring 21,

die sich bereit erklärte, an sie gerichtete Briefe von der Seeber dem "Bundesministerium für Innerdeutsche Beziehungen" zuzuleiten.

Mit dieser Maßnahme erhofften sich die Seeber als auch die Spahr eine Forcierung ihrer Ausreise.
Weitere Aktivitäten entwickelten beide Personen, indem sie mehrfach die BRD-Vertretung aufsuchten. Nachdem beide Personen aus dem Verlag "Neues Deutschland" 1976 ausgeschieden waren, gingen sie keiner geregelten Arbeit nach, obwohl ihnen zahlreiche Arbeitsstellen angeobten wurden.

Dieses Ausscheiden wurde von der Seeber und Spahr genutzt, sich einerseits der Kontrolle zu entziehen und andererseits zu behaupten, daß sie wegen ihrer rechtswidrigen Ersuchen Arbeitslos seien.

Seit Januar 1980 arbeiten sie in kirchlichen Einrichtungen.
Im Januar 1979 wurde festgestellt, daß beide Personen zu der BRD-Bürgerin

[redacted], [redacted]
[redacted] 949
Köln, Toninger Weg 31

brieflichen Kontakt unterhalten.
Bei der [redacted] handelt es sich um eine ehemalige DDR-Bürgerin, die 1979 aus der DDR ausgewiesen wurde.

Durch Verdichtung und Erarbeitung weiterer Materialien zur [redacted] konnte festgestellt werden, daß sie beiden Personen aktive Unterstützung bei ihren Ausreisebemühungen gewährt. Die [redacted] gab beiden Personen Hinweise, wie sie gegenüber den staatlichen Organen auftreten sollen.

Durch Hinweise der BKG, BV Cottbus und durch die Liquidierung eines OV der BV Dresden wurde erarbeitet, daß die [redacted] Mitglied der Gesellschaft für Menschenrechte e.V. ist.
Da diese Hinweise offiziell nicht auswertbar waren, konnten keine strafrechtlichen Maßnahmen gem. § 100 StGB eingeleitet werden.

BStU
000171

163

3

In der weiteren operativen Bearbeitung wurde der Schwerpunkt darauf gelegt, beide Personen von ihrem rechtswidrigen Ersuchen zurückzudrängen. Durch die erarbeiteten Hinweise, daß beide Personen feste Partnerbeziehungen eingegangen sind und einer geregelten Arbeit nachgehen, wurden zahlreiche Aussprachen organisiert.

Der Seeber wurde angeboten bei der Beschaffung von Wohnraum erforderliche Unterstützung durch den Rat zu gewähren. Diese zahlreichen Aussprachen und eine konsequente Haltung der Gesprächsführer (IMS "Student" und IMK "Verzug") ließ bei beiden Personen die Schlußfolgerung reifen, daß eine weitere hartnäckige Haltung und Forderung der Ausreise nach der BRD nicht zum Ziel führt.

Während die Seeber am 17.3.80 ihr rechtswidriges Ersuchen schriftlich zurückzog, folgte die Spahr am 1.10.80 und teilte dem Rat schriftlich mit, daß sie an einer Ausreise nicht mehr interessiert sei.

Da beide Personen, so kann eingeschätzt werden, eine loyale Position beziehen, feste Partnerbeziehungen eingegangen sind und einer geregelten Arbeit nachgehen, wird der OV eingestellt und in der Abteilung XII des MfS archiviert.

Leiter der KD

i.V. Becke
Niesler
Oberstleutnant

Fröhlich
Fröhlich
Leutnant

Verteiler:
1 Ex. BKG
1 Ex. AKG
1 Ex. AI/KD
1 Ex. OV

Abkürzungen und Erläuterungen

§ 100 StGB – hier: Strafgesetzbuch der DDR, Paragraf zu „Landesverräterische Agententätigkeit"; strafbar mit einer Freiheitsstrafe von ein bis zehn Jahren; Vorbereitung und Versuch sind strafbar

§ 105 StGB – hier: Strafgesetzbuch der DDR, Paragraf zu „Staatsfeindlicher Menschenhandel" (Fluchthilfe); strafbar mit einer Freiheitsstrafe nicht unter zwei Jahren

§ 106 StGB – hier: Strafgesetzbuch der DDR, Paragraf zu „Staatsfeindliche Hetze" (gegen die DDR); strafbar mit einer Freiheitsstrafe von zwei bis zehn Jahren; Vorbereitung und Versuch sind strafbar

§ 219 StGB – hier: Strafgesetzbuch der DDR, Paragraf zu „Ungesetzliche Verbindungsaufnahme" (zu „feindlichen" Organisationen); vorgesehene Strafen sind Geldstrafe, Verurteilung auf Bewährung oder Freiheitsstrafe bis zu fünf Jahren

§ 220 StGB – hier: Strafgesetzbuch der DDR, Paragraf zu „Öffentliche Herabwürdigung" (der DDR); vorgesehene Strafen sind öffentlicher Tadel, Geldstrafe, Verurteilung auf Bewährung oder Freiheitsstrafe bis zu drei Jahren

Abt. II – Abteilung in →BV zur Aufklärung und Abwehr der Spionage aus dem Ausland, darunter der Bundesrepublik Deutschland und West-Berlin

Abt. VI – Abteilung in →BV zur Überwachung von Passkontrolle, Tourismus und Interhotels

Abt. IX – Abteilung in →BV für Ermittlungsverfahren

Abt. XII – Abteilung in →BV für die Führung der Personenkartei und der Archive des →MfS

AKG – Auswertungs- und Kontrollgruppe, zuständig für die Aufbereitung der von anderen Abteilungen gewonnenen Informationen und für die Kontrolle der Umsetzung dienstlicher Bestimmungen

Artikel 14, Abs. 1 und 2 der Allgemeinen Erklärung der Menschenrechte – das Recht jedes Menschen, in anderen Ländern vor Verfolgung Asyl zu suchen außer bei Strafverfolgung wegen nicht-politischer oder menschenrechtsfeindlicher Verbrechen im eigenen Land

Artikel 15, Abs. 2 der Allgemeinen Erklärung der Menschenrechte – besagt, dass niemandem seine Staatsangehörigkeit willkürlich entzogen noch das Recht versagt werden darf, seine Staatsangehörigkeit zu wechseln

ARV – Arbeitsrechtsverhältnis

Auftrag „A" – auch: A-Maßnahme des →MfS; Abhören von Telefongesprächen

Auftrag „B" – auch: B-Maßnahme des →MfS; Raumüberwachung mittels „Abhörwanzen"

Auftrag „C" – auch: C-Maßnahme des →MfS; Kontrolle von Brief- und Paketsendungen

Befehl 6/77 des Ministers – Befehl des Ministers für Staatssicherheit Erich Mielke vom 18.3.1977 zur „Vorbeugung, Verhinderung und Bekämpfung feindlich-negativer Handlungen im Zusammenhang mit rechtswidrigen Versuchen von Bürgern der DDR, die Übersiedlung zu erreichen"

Biermann und Kunze – Wolf Biermann und Reiner Kunze, 1976 und 1977 aus der DDR ausgebürgerte Künstler

BKG – Bezirkskoordinierungsgruppe; Diensteinheit in →BV; koordinierte das Vorgehen gegen Ausreiseanträge und „Republikflucht"

BRD-Vertretung – Ständige Vertretung der Bundesrepublik Deutschland bei der DDR seit 1974

Bundesminister für innerdeutsche Beziehungen – 1949 zunächst Bundesministerium für gesamtdeutsche Fragen, 1969-1991 für innerdeutsche Beziehungen

BV – Bezirksverwaltung des →MfS

ČSSR – Tschechoslowakische Sozialistische Republik, 1960–1990

DA 5/74 – Dienstanweisung Nr. 5 des Jahres 1974 des Leiters der →BV Berlin des →MfS zur Sicherung von Botschaften und Diplomaten

DE – Diensteinheit

DM/DBB – Deutsche Mark/Deutsche Bundesbank (DDR-Bezeichnung für die Währung der Bundesrepublik Deutschland)

DVP – Deutsche Volkspolizei (Polizei der DDR)

Gen. – Genosse (Anrede von und für Mitglieder kommunistischer Parteien)

Gesetz über die Staatsbürgerschaft der DDR § 10, Abs. 1 (1967) – „Ein Staatsbürger der Deutschen Demokratischen Republik kann auf seinen Antrag aus der Staatsbürgerschaft der Deutschen Demokratischen Republik entlassen werden, wenn er seinen Wohnsitz mit Genehmigung der zuständigen staatlichen Organe der Deutschen Demokratischen Republik außerhalb der Deutschen Demokratischen Republik hat oder nehmen will, er eine andere Staatsbürgerschaft besitzt oder zu erwerben beabsichtigt und der Entlassung aus der Staatsbürgerschaft der Deutschen Demokratischen Republik keine zwingenden Gründe entgegenstehen."

GfM – Gesellschaft für Menschenrechte e.V. (Organisation in der Bundesrepublik Deutschland 1972–1982 mit Schwerpunkt auf Menschenrechtsverletzungen in Osteuropa und der DDR)

HA – Hauptabteilung des →MfS

HA II/12 – Hauptabteilung und deren Unterabteilung 12 des →MfS, zuständig für die Überwachung der Ständigen Vertretung der Bundesrepublik Deutschland sowie der Botschaften Österreichs und der Schweiz

Hauptabteilung VII/5 – Hauptabteilung und deren Unterabteilung 5 des →MfS, zuständig für die Kontrolle der Inneren Angelegenheiten der DDR und des Pass- und Meldewesens (bis 1980), 1978–1984 auch für die Kontrolle der →GfM

Hauptabteilung XX/AG RV – Hauptabteilung und deren Arbeitsgruppe Reiseverkehr des →MfS

„Hilferufe aus dem Osten" – eigentlich „Hilferufe von drüben". Als Reaktion auf die Unterzeichnung der Schlussakte von Helsinki 1975–1980 ausgestrahlte Fernsehsendung des ZDF zur Information der DDR-Bevölkerung über die in Aussicht gestellten Reiseerleichterungen, über Schicksale von Ausreisewilligen und Häftlingen aus der DDR mit Foto und Namensangabe

IM – Inoffizieller Mitarbeiter des →MfS (Spitzel)

IMS – IM, der mit der Sicherung und Bespitzelung eines bestimmten Bereichs beauftragt war (IM-Kategorie seit 1968)

IMK – Inoffizieller Mitarbeiter des →MfS zur Sicherung der Geheimhaltung

Kaderabteilung – Personalabteilung eines Betriebes oder einer Einrichtung

KD – Kreisdienststelle des →MfS

KK erfaßt – Registrierung einer Person, über die „operativ bedeutsame" Informationen auf einer Kerblochkarte (KK) festgehalten wurden. Die Erfassungsart blieb bis 1989 bestehen, obwohl die Kerblochkarte ab 1980 allmählich durch elektronische Datenträger ersetzt wurde.

M/DDR – Mark/Deutsche Demokratische Republik (Währung in der DDR bis 1990)

MdI – Ministerium des Innern der DDR

MfS – Ministerium für Staatssicherheit der DDR

M-Kontrolle – Überwachungsmaßnahme des →MfS; Kontrolle der Brief- und Paketsendungen

ND – Neues Deutschland, Zeitung („Zentralorgan" der →SED)

o. D. – ohne Datum

Oltn – Oberleutnant

OPK – Operative Personenkontrolle; geheimer Vorgang des →MfS zur Aufklärung und Überwachung von Personen, die dem MfS verdächtig waren

OV – Operativer Vorgang; geheimes Ermittlungsverfahren des →MfS gegen Personen wegen des Verdachts einer strafbaren (meist politischen) Handlung

PKZ – Personenkennzahl; vom Ministerium des Innern der DDR seit 1970 eingeführte Kennzahl aus 12 Ziffern, mit der jeder DDR-Bürger und jede DDR-Bürgerin identifizierbar und in einer Personendatenbank gespeichert war. Die PKZ enthielt verschlüsselt Angaben zur Person. Ziffer 1–6: Geburtsdatum; Ziffer 7: Jahrhundert und Geschlecht; Ziffer 8–11: Schlüssel für die die PKZ vergebende Stelle; Ziffer 12: Prüfziffer

PZA Berlin der ZV – Postzollamt Berlin der Zollverwaltung

PZF – Postzollfahndung

Schlussakte der Konferenz von Helsinki – nach zwei Jahren Verhandlung 1975 unterzeichnetes Abkommen der Konferenz für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa (KSZE) als Ergebnis einer Entspannungspolitik im Kalten Krieg

SED – Sozialistische Einheitspartei Deutschlands; die alleinregierende Staatspartei in der DDR

Speicher des MfS – Archive, Auskunftssysteme des →MfS

Ständige Vertretung – Ständige Vertretung der Bundesrepublik Deutschland bei der DDR seit 1974

Tgb. Nr. – Tagebuchnummer zur Registrierung/Identifizierung eines Vorgangs

VP – Volkspolizei (Polizei der DDR)

OV „Zwillinge“

Als zwei Freundinnen Ausreiseanträge stellten

Auszug aus Stasi-Akten

Arbeitsanregungen für die Einzel- und Partnerarbeit

Klären Sie zur Erschließung des Inhalts einzeln oder in Partnerarbeit die folgenden Aufgaben:

1) Silke Spahr und Ilona Seeber stellten am 1. April 1976 fast wortgleiche Ausreiseanträge (S. 6–9).
   a. Nennen Sie die Gründe für den Wunsch der Frauen, in der Bundesrepublik Deutschland leben zu wollen.
   b. Würden Sie heute die Einreise von Menschen aus diesen Gründen befürworten?
   c. Nennen Sie die gesetzlichen Bestimmungen und Regelungen, auf die sich Spahr und Seeber beriefen bzw. die sie nutzen wollten.

2) Mit demselben Datum schrieben beide Frauen an den Bundesminister für innerdeutsche Beziehungen (S. 10; 11). Was erhofften sie sich von ihm und um was baten sie?

3) Das Ministerium für Staatssicherheit (MfS) beschlagnahmte etliche Briefe aus dem Umfeld der beiden Antragstellerinnen in der Bundesrepublik Deutschland in die DDR.
   a. Charakterisieren Sie vier im Quellenheft wiedergegebenen Schreiben aus dem Jahr 1979 (S. 25; 31, 32; 34, 35; 48).
   b. Benennen Sie Absender, Zweck, Schriftstil und Auffälligkeiten der Dokumente.
   c. Können Sie Gründe nennen, weshalb Ihrer Meinung nach die Beschlagnahme solcher Briefe berechtigt sein könnte?

4) Für den Zeitraum 1979 und Januar 1980 finden Sie im Quellenheft Reaktionen der Stasi auf die Ausreiseanträge der beiden Frauen (S. 37, 38; 53, 54; 39).
   a. Welche Maßnahmen gegen die beiden können Sie aus den Dokumenten herauslesen?
   b. Halten Sie diese Maßnahmen für angemessen angesichts des Tatverdachts gegen die Frauen? Berücksichtigen Sie in Ihrer Antwort auch das Schreiben der Abteilung Postzollfahndung, insbesondere den Hinweis auf das Jahr 1974 (S. 12, 13; 50, 51).

5) Die Eröffnungsberichte des MfS zur Operativen Personenkontrolle (OPK) zu Silke Spahr und Ilona Seeber schilderten 1978 den bisherigen Vorgang der Ereignisse (S. 19–24). Wie stellen die beiden Berichte das Anliegen und das Beharren der Frauen auf Ausreise dar? Bewerten Sie diese Haltung.

6) Der „Sachstandsbericht“ der Hauptabteilung XX/AG RV des MfS schilderte 1977 die Entwicklung der Ereignisse seit dem ersten Ausreiseantrag und konzentrierte sich schließlich auf die finanzielle Situation der beiden (S. 16–18). Wie wurden im Bericht Forderung, Auftreten und Lebensweise der beiden Frauen dargestellt? Verfassen Sie in eigenen Worten einen Gegenentwurf, wie man die beiden Frauen auch darstellen könnte.

7) Der Rat des Stadtbezirks führte mit Silke Spahr und Ilona Seeber mehrere „Aussprachen“ über die Ausreiseanträge und deren Zurückweisung (S. 14; 15; 33; 43, 44; 45). Welches Verhältnis des staatlichen Organs gegenüber den Bürgerinnen kommt darin zum Ausdruck?

8) Im Januar 1979 machte die Kreisdienststelle (KD) Berlin-Friedrichshain des MfS den Vorschlag zur Übersiedlung einer der Frauen (S. 28, 29). Weshalb lehnte die vorgesetzte Dienststelle den Vorschlag ab (S. 30)?

9) Am 21.4.1981 wurden die „operativen Kontrollmaßnahmen“ gegen Silke Spahr und Ilona Seeber beendet (S. 55, 56).
   a. Welche Dienststelle hatte diese Kontrollmaßnahmen durchgeführt und beschloss die Beendigung?
   b. Welchen Grund nannten die beiden Schreiben?

10) Der Abschlussbericht der KD Friedrichshain im Mai 1981 schilderte nochmals die Entwicklung, die zur Zurücknahme der Ausreiseanträge beider Frauen führte (S. 57–59).
   a. Entspricht die Schilderung auch Ihrem Eindruck von dem Konflikt?
   b. Versuchen Sie eine Einschätzung, ob dieser „Erfolg“ sich für das MfS tatsächlich gelohnt hat.
   c. Überlegen Sie, wie die staatlichen Organe und das MfS auch hätten reagieren können und was dann passiert wäre.

OV „Zwillinge“

Als zwei Freundinnen Ausreiseanträge stellten

Auszug aus Stasi-Akten

Arbeitsanregungen für die Gruppenarbeit

Gruppe 1

Der Sachstandsbericht der Hauptabteilung XX/AG RV des Ministeriums für Staatssicherheit (MfS) (S. 16–18) und die Gespräche des Rates des Stadtbezirks mit Silke Spahr und Ilona Seeber (S. 14; 15; 33; 43, 44; 45) thematisierten wiederholt die unklare Einkommenssituation der beiden Frauen. Während die Frauen die Kündigung bei der Zeitung „Neues Deutschland“ als „Berufsverbot“ bezeichneten, notierten MfS und Rat des Stadtbezirks ausführlich, welche Arbeitsplätze den Frauen angeboten worden seien.

Erarbeiten Sie Pro und Contra der jeweiligen Auffassungen und nehmen Sie zu beiden Positionen Stellung.

Gruppe 2

Fassen Sie zusammen, auf welche Art und Weise und an wen Silke Spahr und Ilona Seeber ihre Ausreiseanträge richteten (S. 6–9; 10, 11; 16–18) und wie ihnen die Ablehnung ihrer Anträge mitgeteilt wurde.

Interpretieren Sie den Umstand, dass Anträge auf Ausreise aus der DDR nicht mit einem klar strukturierten Formblatt geregelt wurden.

Gruppe 3

Mindestens fünf Institutionen der DDR – Post, Arbeitsamt, Rat des Stadtbezirks, Polizei und Ministerium für Staatssicherheit (MfS) – waren in den Fall der beiden Frauen und ihrer Ausreiseanträge involviert.

Bewerten Sie die Tatsache, dass alle Institutionen ihre Erkenntnisse dem MfS mitteilten und lassen Sie aktuelle Überlegungen in Ihre Einschätzung einfließen: Ist es angemessen, dass eine polizeiliche Behörde alle Erkenntnisse sammelt, um gegen Verdächtige vorzugehen?

Gruppe 4

Silke Spahr und Ilona Seeber stellten 1976 Ausreiseanträge und wurden daraufhin vom Ministerium für Staatssicherheit (MfS) überwacht. Welche Überwachungsmethoden können Sie aus den Dokumenten heraus identifizieren? Achten Sie auf die Jahreszahlen, die zu einzelnen Erkenntnissen und Überwachungen genannt sind und spekulieren Sie über das Zustandekommen der Informationen.

Gruppe 5

Obwohl bereits der erste Ausreiseantrag von Silke Spahr und Ilona Seeber 1976 abgelehnt worden war, schrieben sie weitere Anträge. Lesen Sie den Vermerk vom Rat des Stadtbezirks vom 8.2.1977 über den Besuch beider Frauen (S. 15).

Sehen Sie anschließend den kurzen Film der Deutschen Welle über die beiden Frauen „Zwei Frauen im Visier der Stasi“ unter

https://www.youtube.com/watch?v=46IYv9qGTcc.

Skizzieren Sie die Wahrnehmung der Frauen im Rückblick auf die Ereignisse.

Überlegen Sie, wie Historikerinnen und Historiker aus diesen vorliegenden Quellen und Zeugnissen eine „historische Wahrheit“ formulieren können.

Impressum

Herausgeber
Bundesarchiv
– Stasi-Unterlagen-Archiv –
Bildungsteam
10106 Berlin
E-Mail: bildung.stasiunterlagenarchiv@bundesarchiv.de

Stand
Berlin 2022

Layout und Umschlaggestaltung
Pralle Sonne Mediendesign, Berlin

Umschlagfoto
Privatfoto Silke Orphal, geb. Spahr

Redaktion
Bettina Altendorf, Axel Janowitz, Andreas Schiller

Nachdruck und andere Formen der Vervielfältigung, auch auszugsweise, nur mit schriftlicher Genehmigung des Bundesarchivs/Stasi-Unterlagen-Archivs. Frei für die Nutzung durch öffentliche Träger im Bereich historisch-politischer Bildung.

Dieses Heft ist ein Bildungsangebot des Bundesarchivs/Stasi-Unterlagen-Archivs. Es wird kostenlos abgegeben und ist nicht für den Verkauf bestimmt. Weitere Informationen unter www.stasi-unterlagen-archiv.de/bildung.

Bitte zitieren Sie diese Publikation wie folgt:
Bundesarchiv/Stasi-Unterlagen-Archiv (Hg), OV „Zwillinge". Als zwei Freundinnen Ausreiseanträge stellten. Auszug aus Stasi-Akten
Redaktion: Bettina Altendorf, Axel Janowitz, Andreas Schiller

Berlin 2022